Internationale Kommunistische Partei

Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch !

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land" und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der IKP

Nr. 8 — April 1980

Preis: 50 Pfg.

Kriegsvorbereitungen, Bündniskrise des Westens und »Friedenspolitik«

Gegen die Seuche der Kriegshetze! Gegen die Seuche des Pazifismus!

Chinas Angriff auf Vietnam, der Nachrüstungsbeschluß der NATO, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die Entscheidung der USA, eine neue Spezialtruppe für Blitzeinsätze in den Sturmzonen der Erde (Mittlerer Osten usw.) aufzustellen, die Modernisierung der atomaren Streitmacht in Frankreich und Großbritannien, die zunehmende Präsenz der Kriegsflotten der wichtigsten imperialistischen Staaten im Indischen Ozean, aber auch die Reise von Verteidigungsminister Apel durch den Fernen Osten sind lauter Tatsachen, die im Zeichen einer Vorbereitung der imperialistischen Staaten auf die allgemeine Abrechnung stehen. Das von uns seit jeher entlarvte Märchen, die Niederlage der "nazi-faschistischen Barbarei" hätte ein neues Zeitalter des ewigen Friedens und Fortschritts eröffnet, bricht restlos zusammen, und der Kapitalismus erweist sich mehr denn je als unfähig, seine ökonomischen Widersprüche und politischen Gegensätze zu überwinden.

Die Legende von der "Unumkehrbarkeit der Entspannung", von einer "Unmöglichkeit *des Krieges" angesichts des Zerstörungs*potentials moderne Waffen, vom "friedlichen" Charakter der westlichen Demokratien und des "realen Sozialismus" tritt in der bürgerlichen Publizistik rechter und linker Couleur zurück. Massenmedien und "linke" Intellektuelle rücken nunmehr das Gespenst des drohenden totalen Krieges, der allgemeinen Vernichtung in den Vordergrund. Diese Stimmungsmache *entspricht jedoch keineswegs dem wirklichen Reifegrad der imperialistischen Widersprüche*. Sie entspricht vielmehr dem politischen Bedürfnis der Bourgeoisie, das Proletariat "moralisch" auf den Zeitpunkt vorzubereiten, in dem der Krieg tatsächlich auf der Tagesordnung stehen wird.

I

Was den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan angeht, so bedeutet er u.a. auch einen *Bruch* des modus vivendi, der sich in *Jalta* zwischen den zwei Großmächten hergestellt hatte. Das russische Jagdrevier wurde um einen Staat erweitert, der zwar relativ unbedeutend ist und zudem an der sowjetischen Grenze liegt, den sich Stalin jedoch *nicht* zugesichert hatte, als Moskau und Washington seinerzeit auf dem Rücken der Besiegten, aber auch der eigenen Verbündeten wie England die jeweiligen Einfluß- und Herrschaftssphären absteckten.

Angesichts der Reibungen innerhalb des Warschauer Paktes (siehe Rumänien), angesichts der unvermeidlichen westeuropäischen Ablehnung jeder Annäherung Rußlands an die eisfreien Meere und die größten Erdölreserven der Erde war das Manöver des Kreml von vornherein mit Risiken behaftet. Wenn Moskau das Unternehmen dennoch wagte, so ist es also davon ausgegangen, daß diplomatischer Druck immer weniger für die Durchsetzung von entscheidenden Sicherheits- oder Expansionszielen ausreicht und daher dem militärischen Druck Platz machen muß. Politik und Diplomatie werden *"mit anderen Mitteln"* fortgesetzt.

Eine ähnliche Bedeutung haben die Bewegungen der französischen, englischen, amerikanischen und russischen Kriegsschiffe in der Umgebung des persischen Golfes. Sie stellen zwar noch keine Kriegsoperationen dar, sind aber ohne weiteres militärische Operationen. Sie sind weniger als Krieg, aber mehr als diplomatische Handlungen. Sie sind eine *Drohung mit dem Krieg* für den Fall, daß andere Wege definitiv nicht mehr zum Ziel führen.

Die Interessenkonflikte müssen infolge der Verschärfung der internationalen Wirtschaftslage und der zwischenstaatlichen Gegensätze immer heftiger ausbrechen und zu solchen Situationen führen, in denen die latente Gewalt, die Diplomatie, nicht mehr ausreicht, und echt militärische oder kriegerische Operationen in Gang gesetzt werden müssen. Wenn wir aber die zwei wichtigsten derartigen Episoden der jüngsten Zeit, nämlich die chinesische "Lektion" in Vietnam und die "Stabilisierung" Afghanistans durch die Sowjetunion, untersuchen, so werden wir feststellen, daß es sich in beiden Fällen um Militäraktionen handelt, deren Charakter und Ziele noch *begrenzt* waren. Man wollte zunehmend außer Kontrolle geratende Entwicklungen wieder in den Griff bekommen, bzw. noch vorhandene Gelegenheiten ausnützen, um sich Vorteile zu verschaffen. Man handelte im Hinblick auf einen unvermeidlichen allgemeinen Zusammenstoß; man wußte aber zugleich, daß er noch nicht unmittelbar bevorsteht und daß die unternommene Aktion ihn daher nicht auslösen würde.

II

Liegen die vorhergehenden Betrachtungen auf der Hand, so ist es hingegen schwierig, die langfristige Entwicklung der imperialistischen Fronten exakt abzuschätzen, denn diese kennzeichnen sich gerade durch einen *Schwebezustand*.

Sieht man von Großbritannien ab, so verfügt Amerika heute über keine sicheren Verbündeten in Westeuropa. Länder wie Frankreich und auch die BRD haben trotz verbaler Solidaritätsbekundungen offen gezeigt, daß sie mit der amerikanischen Politik, die, wie Schmidt erklärte, die Interessen der Europäer außer Acht läßt, nicht einverstanden sind.

Nun verfolgt die amerikanische Strategie eindeutig zwei Ziele: Einerseits eine möglichst breite Front gegen Rußland zu schaffen, andererseits die Weichen zu stellen, um aus Europa, das somit der Zerstörung preisgegeben würde, den wesentlichen Schauplatz des kommenden Krieges zu machen. Europa und insbesondere die BRD würden den "first strike" erleiden und den US-Truppen eine Operationsbasis liefern. Die verheerenden Folgen eines Konflikts wären damit mindestens in einer ersten Kriegsphase vom US-Boden ferngehalten. Die Stationierung der Pershing 2 und der cruise missiles in Europa verfolgt im Grunde keinen anderen Zweck (siehe "Proletarier" Nr. 4). So würden die USA durch den Krieg zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen - den russischen Koloß und die Wirtschaftsmacht der EG. Von daher die europäische Abneigung, Carters diplomatischem Seiltanz blindlings zu folgen, obwohl Länder wie Frankreich und in noch größerem Maße die BRD noch nicht auf den Schutzschirm der atlantischen Allianz verzichten können und möchten. Er verleiht ihnen in der Tat eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Rußland. Sie wenden dabei ein uraltes strategisches Prinzip an: Zu normalen Zeiten ist ein "Verbündeter" in der Ferne dem überlegenen Nachbarn, dem gegenüber er ein Gegengewicht stellt, immer vorzuziehen.

Im Warschauer Pakt gibt es ähnliche Probleme. Abgesehen von der Unzuverlässigkeit Rumäniens ist noch auf die Sorgen Polens und anderer Länder, darunter auch der DDR, hinzuweisen, Moskau und Bonn könnten sich auf ihrem Rücken einig werden, denn ein Bündniswechsel Bonns wird ja zwangsläufig von einer Neuverteilung der Einflußsphären in Mitteleuropa und im Balkan begleitet werden.

Was den Fernen Osten angeht, so hat sich Japan noch nicht definitiv festgelegt. Seine prochinesische Haltung kann sich noch umkehren, zumal Tokio, dessen Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion übrigens beachtlich sind, sich diplomatisch wie militärisch in einer Lage befindet, die nicht minder heikel ist als die europäische.

Die Mitwirkung von Vebündeten hängt nicht vom Willen der Kriegführenden ab. Sie ist das Produkt einer Entwicklung. Oft ist es erst die Notwendigkeit, ein gefährdetes Gleichgewicht wiederherzustellen, die sie auf den Plan ruft. Dies beinhaltet auch, daß die Verbündeten sich in ihr Gegenteil verwandeln können, was die Geschichte bereits mehr als einmal bewiesen hat. Bündnisse spielen jedoch in den modernen imperialistischen Kriegen eine außerordentliche Rolle und sie müssen immer umfassender und verzweigter werden, um die Kontrolle der Energiequellen, der Seewege, der Lufträume zu ermöglichen und Operationen in weit entfernten Gebieten zu gestatten. Man

Fortsetzung auf S.2

DGB-Preis für einen Soldaten Gottes

Am 5. März erhielt Prof. Oswald von Nell-Breuning SJ den zum ersten Mal vergebenen Hans-Böckler-Preis des DGB. Neben von Gewerkschaftshonoratioren gesungenen Lobeshymnen glatte 20.000 Mark Mitgliederbeiträge, die für Streikfonds wohl nicht verfügbar wären und nun der katholischen Kirche zugute kommen. Der Jesuit von adligem Geblüt ist ein prominenter Vertreter der katholischen Soziallehre, die mit der Enzyklika "De rerum novarum" am Ausgang des letzten Jahrhunderts begründet wurde und deren erklärte Absicht darin besteht, die Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital zu fördern, um den Klassenkampf durch Brosamen vom Tisch des irdischen Herrn zu verhindern. Natürlich erhält nicht jeder, der den Klassenkampf verhindern will, gleich einen Preis vom DGB. Wenn aber der DGB einen Preis verleiht, so zeigt er mit nicht zu überbietender Deutlichkeit, *welche* Anstrengungen er honoriert.

In dieser Ausgabe

- Droge und Kapitalismus
- Demokratisierungswelle in Lateinamerika Vorbeugehaft für die soziale Bewegung
- Der Streik der britischen Stahlarbeiter
- Izmir - Bonn, hin und zurück
- Law and Order in Zimbabwe
- Trotzkismus und Stalinismus
- Selbstauflösung der KPD
- Eine verheerende Reaktion auf das Kriegsgeschrei
- Konzertierte Aktion für den Lohnabbau

Izmir — Bonn, Hin und Zurück

"Die Ordnung ist in Izmir wieder hergestellt", hieß es erleichtert in einer bürgerlichen Zeitung vom 18. Februar. Die Ordnung ist wieder hergestellt, gewiß. Doch hatte die türkische Bourgeoisie hierfür 10.000 mit Panzern ausgerüstete Soldaten, die noch von Hubschraubern und Flugzeugen unterstützt wurden, gegen die Arbeiter eines Vorortes von Izmir, der drittgrößten Stadt des Landes, einsetzen müssen.

Die Entscheidung der Regierung, mehrere hundert Arbeiter der Fabrik von Taris, die zu einem vom Staat kontrollierten Trust gehört, zu entlassen, hatte wie ein Funke gewirkt. Diesen Arbeitern wurde vorgeworfen, linke "Extremisten" zu sein, und zwar aus dem einfachen Grund, daß sie kämpferisch waren und der täglichen Ausbeutung Widerstand entgegensetzten. Ihre Arbeitskollegen haben den Sinn dieser Maßnahme wohl verstanden und sofort die Fabrik besetzt. Am 8. Februar haben sie sich mit Gewalt dem Polizeieinsatz entgegengestellt und trotz des Verlustes von zwei Genossen und zahlreicher Verletzter sind sie nicht zurückgewichen.

Als zur Unterstützung der Polzei, die aufgrund der Entschlossenheit der Arbeiter von Taris zunächst nichts ausrichten konnte, weitere Polizei- und Armeeinheiten angerückt sind, ist die gesamte Arbeiterbevölkerung - Männer, Frauen und Kinder - der Elendsviertel in der Nähe der Fabrik zu Hilfe geeilt. Man hat sich nicht damit begnügt, zu demonstrieren. Man hat Barrikaden errichtet und Gräben geschaufelt, um den Vormarsch der Panzer zu verhindern und den Verkehr zum Erliegen zu bringen. Die Armee brauchte mehrere Tage, um die Fabrik und die Stadtviertel, wo sich die Arbeiterfamilien verbarrikadiert hatten, wiederzuerobern, und mehr als einmal war sie gezwungen, die Häuser eins nach dem anderen zu stürmen. Am 14. Februar wurden 1.500 Arbeiter festgenommen, am 16. Februar weitere 4.000. Sie wurden alle in die Stadien der Stadt eingepfercht. Allerdings anders als seinerzeit in Chile befand sich keine reformistische Prominenz darunter und es ging auch nicht um eine Niederlage von "Volksfronten" und "friedlichen Wegen", weshalb sich unsere "Linken" nicht bemüßigt sahen, Protestveranstaltungen zu organisieren, sofern sie vom Ereignis überhaupt Kenntnis nahmen.

Keiner weiß, wieviel Tote die Arbeiterklasse im Laufe ihres schonungslosen Widerstandes gegen die Kräfte der Repression hinterlassen hat. Und diese massive Repression steht keineswegs allein. In den vergangenen Monaten ist es in den Industriezentren der Türkei immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern gekommen.

o°o

Noch 1977 rühmte das "Handelsblatt" das rasche und kontinuierliche Wachstum der türkischen Wirtschaft. Die Finanzzeitung des deutschen Kapitals wies zwar auf Inflation, hohe Verluste der Staatsbetriebe und Devisenverschuldung hin, der Tenor war aber: Hauptsache, es wird akkumuliert; übermäßig verschuldet sei die Türkei auch nach dem Urteil kritischer Beobachter vergleichsweise noch nicht und sie habe nach Meinung der Regierung noch genügend Kreditspielraum (HB, 29.3.77).

Und doch schon 1979 war die Türkei buchstäblich pleite. Die erste "Rettungsaktion", vom deutschen Imperialismus koordiniert und maßgeblich getragen, mußte angekurbelt werden, war aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Bundesminister Matthöfer ist heute gerade dabei, in allen Hauptstädten des westlichen Imperialismus die Mittel für eine zweite "Rettungsaktion" mit Mühe zusammenzutrommeln. Als Verbündete gegen den russischen Imperialismus wissen die imperialistischen Staaten des Westens zwar, daß sie alle im gemeinsamen Interesse die Türkei "retten" müssen, aber als Konkurrenten und gute

Fortsetzung auf S.2

Gegen die Seuche der Kriegshetze! Gegen die Seuche des Pazifismus!

Fortsetzung von S. 1

denke allein an die amerikanischen Vorstöße, um sich Stützpunkte in der Umgebung des persischen Golfes zu verschaffen.

Schon Clausewitz zeigte, daß der Krieg nicht urplötzlich entsteht und daß seine Vorbereitung nicht das Werk eines Augenblicks ist. Nun, ganz abgesehen von der ungenügenden militärischen Vorbereitung, von der Notwendigkeit, die sogenannte öffentliche Meinung von langer Hand auf den Krieg einzustimmen usw., ist es nicht zuletzt *gerade dieser Schwebezustand der internationalen Lage, der den Ausbruch des Krieges, wenngleich er sich auch beträchtlich genähert hat, zwangsläufig noch um einige Jahre hinauszögert.*

III

Warum aber betonen wir mit soviel Nachdruck, daß der Krieg nicht unmittelbar vor der Tür steht? Ist dieser Punkt nicht eher zweitrangig? Nein, und vor allem nicht, wenn man das politische Spiel betrachtet, das die Bourgeoisie heute in den verschiedenen Staaten betreibt. Ein Registerwechsel wird vollzogen, das Schwergewicht verlagert sich von der Verheißung eines stetigen "Fortschritts" und eines wachsenden "Wohlstands" auf die Propagierung von Schreckensvisionen: All das, was 'wir" durch so viele Opfer "gemeinsam" erreicht haben, droht nun im Inferno der Kriegszerstörungen zugrundezugehen! Die Bourgeoisie will dem Proletariat einhämmern, daß der Frieden durch höhere Gewalt oder durch schmutzige Manöver von unverantwortlichen oder wahnsinnigen Regierungen bedroht wird, daß er an einem dünnen Faden hängt, daß sie selbst aber zu allem bereit ist, um ihn zu sichern. Und dies sagt sie natürlich in allen Ländern.

Die Bourgeoisie möchte dem Proletariat einhämmern, daß nicht das kapitalistische System im Westen wie im Osten, sondern ein historisches Verhängnis, ein neuer Hitler und vor allem das "andere" Gesellschaftssystem, sprich der jeweilige Gegner, für den Krieg verantwortlich sein wird. Um das Proletariat für den Krieg einzuspannen, muß die Bourgeoisie es glauben machen, daß "sein" Land, "seine" Gesellschaftsordnung, "seine" Regierung, "seine" Partei, "seine" Gewerkschaft für den Frieden gekämpft haben und daß sie das Proletariat nur an die Kriegsfront schicken, um den Frieden und mit ihm die großen "Werte" und "Errungenschaften" der Demokratie oder des "realen Sozialismus" zu retten. Nur so hat die Bourgeoisie in der Tat eine Chance, unabhängig davon, wer im nächsten Weltgemetzel siegt, den Kapitalismus schlechthin, hier diesseits wie jenseits des "Eisernen Vorhangs" herrscht, zu retten.

In der Kunst der Einspannung des Proletariats für die Politik oder "Friedenssicherung" üben sich schon heute insbesondere die europäischen Bourgeoisien, die, sieht man von Großbritannien ab, insgesamt zu einer schleichenden pazifistischen und neutralistischen Haltung neigen. Denn die wichtigsten europäischen Länder, die weder auf den Krieg vorbereitet sind, noch auf die gewinnträchtigen Geschäfte mit dem Ostblock verzichten möchten, können sich noch nicht für eines oder Kriegslager definitiv entscheiden. Sie sind daher die überzeugtesten Vertreter der "Entspannung" und versuchen, diesen Zustand gegenüber ihrem Proletariat auszunutzen. Es handelt sich dabei aber nur um die spezifisch europäische Form, sich auf den Krieg vorzubereiten. Und es ist kein Zufall, wenn die Vertreter der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats, Sozialdemokraten, Stalinisten, Eurokommunisten und nationale Gewerkschaften, hierbei zunehmend die entscheidende Rolle übernehmen. "Wir wollen Frieden - darum Fortsetzung der Entspannungspolitik", heißt schon die erste Maiparole der Gewerkschaften in Deutschland.

Die "Friedenskampagnen" sind ebenso verlogen wie das Märchen vom ewigen Frieden unter dem Kapitalismus. Wenn es als Klasse auftreten will, darf sich das Proletariat weder dem imperialistischen Krieg noch dem bürgerlichen Frieden beugen, denn es wird mit pazifistischen Reden in den Schlachthof des Krieges geführt. Im Namen des Klassenkrieges muß das Proletariat den Pazifismus nicht minder als die chauvinistische Kriegshetze bekämpfen. Nur der Weltbürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie, nur die internationale Diktatur des Proletariats wird mit dem Kommunismus Frieden bringen.

Izmir — Bonn, Hin und Zurück

Fortsetzung von S.1

Rechner versuchen sie, die jeweiligen "Hilfequoten" so gering wie möglich zu halten, denn sie alle sind sich dessen wohl bewußt, daß Bonn und Washington den Hauptnutzen aus der Operation ziehen werden, während diese beiden ihrerseits befürchten, daß jeweils der andere in diese glückliche Lage kommen könnte. Denn das türkische Proletariat ist zwar noch weiter auszupressen, die türkische Wirtschaft aber ist im Grunde nicht mehr zu retten.

Die Inflation, die Verluste der Staatsbetriebe, die Außenverschuldung waren in der Phase des Booms Wechsel auf die Zukunft, um maximal zu akkumulieren und die Produktion maximal zu erweitern. Aber die Zukunft des langen Booms war bekanntlich die Weltwirtschaftskrise, die Einengung der Märkte, die Verschärfung der Konkurrenz und der weltweiten Jagd nach Mehrwert, um die eigene Profitrate zu erhöhen. Es gibt keine "Krise der türkischen Wirtschaft", *es gibt eine Krise der Weltwirtschaft, die sich auf schwache kapitalistische Länder wie die Türkei besonders stark auswirkt und auf sie zum Teil direkt abgewälzt wird.* Damit wird in diesen Ländern schon heute eine soziale Krise und dementsprechende politische Instabilität hervorgerufen, von der die mächtigen imperialistischen Staaten noch ausgespart bleiben, die aber ein Spiegelbild ihrer eigenen Zukunft sind.

Wirken sich durch das Spiel der objektiven ökonomischen Gesetze und infolge der wirtschaftlichen und politisch-militärischen Macht der imperialistischen Staaten die internationalen Wirtschaftskalamitäten zunächst in den ökonomisch wie politisch schwachen Ländern mit größerer Schärfe aus, so kann der Imperialismus diese Länder doch nicht ihrem eigenen Schicksal überlassen. Der kranke Körper der Weltwirtschaft läßt sich nicht durch Amputation von Ländern heilen. Ökonomisch nicht, vor allem aber aus strategischen Gründen nicht. Im Konflikt zwischen dem russischen und dem westlichen Imperialismus wie auch in den Gegensätzen zwischen den imperialistischen Staaten des Westens untereinander ist die ganze Welt für alle weitgehend zur strategischen Sicherheitszone geworden. Zur Illustration sei hier nur jener japanische Experte für Sicherheitsverträge erwähnt, der gesagt haben soll, daß grundsätzlich die Grenzen des Fernen Ostens in jeder Gegend verlaufen, wo eine Situation entsteht, welche die Sicherheit im engeren Fernen Osten gefährdet (NZZ, 3./4.2.80). Damit liegt z. B. der persische Golf "grundsätzlich"... im Fernen Osten. Man kann sich denken, wie die Hauptkontrahenten USA und UdSSR sich die Grenzen ihrer Gebiete "grundsätzlich" vorstellen!

Nun genügt ein kurzer Blick auf die Landkarte, um sich zu vergegenwärtigen, welche Rolle die Türkei dabei spielt. Sie verbindet Europa mit dem Nahen und Mittleren Osten (Erdöl!) und zugleich - um Walter Leisler Kiep, Türkeiexperte des deutschen Imperialismus und Koordinator der "Türkeiaktion" des vorigen Jahres, zu zitieren - *"bildet sie mit dem Bosporus auf der einen und dem anatolischen Hochland auf der anderen Seite ein vom Westen zum Osten verlaufendes Bollwerk gegen den südwärts gerichteten Druck der Sowjetunion im Norden"* (Survival, 1/80).

Diese entscheidende militär-strategische Bedeutung hat nach den Ereignissen im Iran und in Afghanistan weiter zugenommen. Ihre Konturen treten noch schärfer hervor, wenn man bedenkt, daß der russische Imperialismus versucht, sich in Syrien einzunisten, und daß der ganze Nahe Osten ein soziales Pulverfaß ist. Die Türkei muß also "verteidigt werden" und "verteidigungsbereit" sein. Wie aber der damalige sozialdemokratische Regierungsführer Ecevit auf dem NATO-Gipfel vom Mai 1978 dozierte, besteht zwischen Verteidigungsbereitschaft und ökonomischer Stabilität ein enger Zusammenhang. So führen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zu einer verschärften Offensive der türkischen Bourgeoisie gegen die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der verarmten Volksschichten, um die türkische Wirtschaft auf stabil zu trimmen, sprich mehr schlecht als recht zurechtzustutzen und über die Runden zu bringen. Dies führt zu sozialen Kämpfen, zu Ausbrüchen wie in Izmir, zur Gefahr einer noch weiteren Zuspitzung der sozialen Krise. Und die soziale Krise in der Türkei wird wiederum zu einer Gefährdung für den Imperialismus. Der Kreis der weltweiten ökonomischen und politischen Wechselwirkungen schließt sich.

So beinhaltet die "Rettungsaktion" eine sich immer wieder hinstreckende "Überbrükkung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und legt die Prioritäten - realistischerweise - einerseits auf den Bereich der Militärhilfe und -zusammenarbeit, andererseits auf den Bereich der Repression, wobei beide Bereiche eng miteinander zusammenhängen.

Ein neuer Sicherheitsvertrag mit den USA wurde eben unterzeichnet und sichert Stützpunkte und Horchposten an der Grenze Rußlands, während die vermehrte Waffenhilfe den zusätzlichen Vorteil hat, daß man die Waffen auch für die Verteidigung der inneren Sicherheit benutzen kann. Dabei schöpft die BRD aus dem vollen - und nicht allein dabei: *"'Im Rahmen der allgemeinen westlichen Bemühungen um ein Hilfsprogramm für die Türkei muß auch dem desolaten Ausrüstungsstand der türkischen Polizei erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden', analysierte das Bonner Auswärtige Amt in einem vertraulichen Bericht. Dies könne nicht mehr allein Sache einzelner Bundesländer* (aha!) *bleiben. Wegen der Bedeutung der Türkei im westlichen Bündnis liege es im unmittelbaren Interesse Bonns, die militärische Zusammenarbeit durch einen Ausbau der inneren Sicherheit zu ergänzen"* (Rheinischer Merkur, 14.3.80). Soweit die Tatsachen und die klaren Einschätzungen. Und nun die obligate Heuchelei (wir zitieren weiter): *"Der ehemalige Gewerkschaftler Matthöfer befürchtete wohl, daß die Werkzeuge der Polizei made in Germany gegen rebellierende Arbeiter eingesetzt werden. Dennoch konnte sich der Minister trotz seiner Seelenqualen - nicht ganz* (!) *dem türkischen Hilfsbegehren entziehen"* (ebda). In Zahlen heißt das, daß die türkische Regierung mehrere hundert Millionen Mark wollte und die Bundesregierung nur rd. 150 Millionen Mark in ihrer "vertraulichen Ausrüstungshilfe-Finanzplanung" (sic! das ist die euphemistische Bezeichnung für Polizeihilfe) vorgesehen hat. Hinzu kommt wohl noch die "Hilfe", die "Sache einzelner Bundesländer" ist...

Dies geschieht im Interesse der türkischen Bourgeoisie. Dies geschieht im Interesse des deutschen Kapitals, denn die BRD ist der größte Handelspartner der Türkei und der größte ausländische Kapitalinvestor in diesem Lande, wobei das türkische Proletariat zugleich einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse in der BRD selbst stellt. Dies geschieht im Interesse des westlichen Lagers und, was die internationale Klassenherrschaft der Bourgeoisie angeht, schließlich über die imperialistischen Auseinandersetzungen hinweg auch im Interesse des in Moskau, Hinterrest oder Ost-Berlin beheimateten Kapitals.

Der türkische Staat, am Vorabend des ersten Weltkrieges aus einer nationalen und antiimperialistischen Revolution entstanden, fand auf dem Rücken der Arbeiter und Bauern sehr schnell seinen Platz in der imperialistischem Weltordnung und er lieferte den Rahmen für die Entstehung einer Bourgeoisie, die sich mühelos einheimischen Großgrundbesitzern und mit dem internationalen Kapital amalgamierten hat. Mit seiner Armee und Polizei, mit seinen demokratischen und parlamentarischen Institutionen und Parteien, seinen Henkern ohne "Seelenqualen" à la Demirel oder mit vorgetäuschten "Seelenqualen" à la Ecevit, mit dem Flankenschutz von Banden wie den "Grauen Wölfen" unterdrückt er das türkische Proletariat und die verelendeten Bauernmassen im nationalen Interesse der türkischen herrschenden Klasse und damit zugleich im Interesse der kapitalistischen Weltordnung überhaupt.

So, vom wirtschaftlichen Unterbau und den politischen Verflechtungen her, bekommt die türkische Arbeiterklasse ihren Platz in der Geschichte objektiv zugewiesen. Ihr Schicksal wurde mit demjenigen des internationalen Proletariats über alle nationalen Schranken und Vorurteile hinweg zusammengeschweißt. Ihr Kampf kann kein nationaler Kampf, sondern muß Bestandteil des internationalen proletarischen Kampfes zum Sturz der kapitalistischen Weltherrschaft sein; er kann kein

Fortsetzung auf S.6

Eine verheerende Reaktion auf das Kriegsgeschrei

Eine der ältesten Waffen, die die Bourgeoisie gegen das Proletariat anwendet, besteht in dem Versuch, es durch die Beschwörung ihrer angeblichen Allmacht, die selbstgefällige Beschreibung ihrer neuen Kriegswaffen und ihres Polizeiapparates usw. zu terrorisieren. Die aufgeschreckte Kleinbourgeoisie betätigt sich offensichtlich an diesem Machtheiligtum und versucht ihrerseits, bewußtlich dazu beizutragen, in dem Proletariat die Überzeugung zu verbreiten, daß, wenn die Bourgeoisie sich bewaffnet, es verloren ist.

Ein Beispiel für diese zutiefst defätistische - und konterrevolutionäre - Haltung liefert uns die "Internationale Kommunistische Strömung" (IKS), die mit einiger Bitterkeit feststellt: "Man darf sich keiner falschen Hoffnung hingeben: man kann nicht behaupten, die Revolution gegen den Krieg zu machen". Und weiter: "die heutige Zerstörungsfähigkeit läßt uns wenig Hoffnung auf irgendeine Möglichkeit des Auftretens des Proletariats im Laufe eines dritten Holocaust" (Revue Internationale, Nr. 15, 1978, S. 2-3).

Natürlich läßt diese ach so revolutionäre" Strömung, die seit 1968 uns schon für morgen die Revolution verspricht, es bei dieser Propaganda, die den schlimmsten bürgerlichen Greuelmärchen das Wasser reicht, nicht bewenden. Durch Lobgesänge auf die heutige Kraft und das *heutige* Bewußtsein des Proletariats versucht sie, ein "Gleichgewicht" zu schaffen. Sie behauptet, daß wenn zwar "die Bedingungen für einen neuen Weltgemetzel schon viel reifer als 1914 und 1939 sind", "das Weltproletariat" (es doch) verstanden hat, durch seinen Kampf, seine Weigerung, sich dem Diktat der Austerität zu unterwerfen, die Bourgeoisie bislang daran zu hindern, ihre apokalyptische Antwort auf die Krise ihrer Wirtschaft aufzuzwingen" (Revolutionäre Internationale, Nr. 70, Januar 1980). Und sie schreibt, daß "die Kräfteverhältnisse sich zugunsten des Proletariats entwickelt haben" (Revue Internationale, Nr. 15, S.3).

Die Übertreibung des heutigen Vorbereitungsstandes der Bourgeoisie auf einen Krieg, der Aufruf zur Desertion im Falle, wo dieser Krieg ausbrechen sollte, sowie die Übertreibung der heutigen Fähigkeit des Proletariats, der Austerität und der chauvinistischen Propaganda zu widerstehen, laufen in Wirklichkeit auf dasselbe hinaus: dies alles sind hervorragende Alibis, um die Aufgaben zu verschleiern, die der revolutionären Avantgarde und dem Proletariat selbst zukommen. Kurz gesagt, heute ist es nicht notwendig, mehr zu kämpfen; und morgen (wenn das Proletariat bewaffnet sein wird!) wird dies... unmöglich sein.

Anstatt zu zeigen, daß das Nahen des Krieges - und der Krieg selbst - Zeichen für die wachsende Instabilität des Kapitalismus sind und also *Gelegenheiten* darstellen, die das Proletariat für seinen Kampf ausnutzen muß; anstatt dem Proletariat den *wirklichen* Weg seiner Emanzipation, die zu überwindenden Schwierigkeiten und die Mittel aufzuzeigen, die es ermöglichen werden, seine riesige, heute noch vom Opportunismus behinderte Kraft wiederherzustellen; anstatt zu den Bemühungen des Proletariats, zu kämpfen und sich zu organisieren, beizutragen, auch durch die direkte Teilnahme an seinen selbst partiellen und noch unklaren Kämpfen, kurzum anstatt das Proletariat durch die allgemeine Propaganda wie die "tägliche revolutionäre Arbeit" darauf vorzubereiten, eines Tages *seine Lösung* gegen jene der Bourgeoisie - die Revolution *gegen den Krieg oder, wenn der Krieg ausbricht*, den revolutionären Defätismus und die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg - durchzusetzen, anstatt dies zu tun, wiegen die Herren von der IKS ihre Leser und sich selbst in der Illusion eines graduellen und automatischen Prozesses, in dessen Verlauf das Proletariat das "allgemeine Bewußtsein" seiner historischen Aufgaben erlangen würde. Und sollte dies nicht vor Ausbruch des Weltkrieges geschehen, so wäre im übrigen sowieso alles verloren!

Was die Proletarier zur Revolution treiben wird, das wird keineswegs ihr revolutionäres "Bewußtsein", ob nun "allgemein" verbreitet oder nicht, sein. Es werden materielle Bestimmungen sein, bei denen auch die tiefen Erschütterungen und die Leiden des Krieges eine entscheidende - wenn auch nicht automatische - Rolle spielen können, wie das 1871, 1905 und 1917 der Fall war. Damit diese Bestimmungen zur Revolution führen, bedarf es auf alle Fälle einer Partei, die bereits lange im voraus das Proletariat vorbereitet hat und die stark und entwickelt genug ist, um in der Klasse ihren Einfluß dem der reaktionären Klassen und aller opportunistischen Parteien entgegenzustellen, um die Führung der Klasse zu erobern. Diese "kompakte und starke Partei von morgen" und ihr Einfluß im Proletariat sind es, was wir mit unseren beschränkten Kräften, aber mit Entschlossenheit vorbereiten, um der Kriegsmobilisierung wie der kleinbürgerlichen und opportunistischen Zersetzung die Mobilisierung der Klasse für ihre Revolution entgegenstellen zu können.

Droge und Kapitalismus

"Als der antike Sklave, von seinem Herrn an das Kreuz geschlagen, in unsäglicher Qual sich krümmte, als der Leibeigene unter der Rute des Fronaufsehers oder unter der Last der Arbeit und des Elends zusammenbrach,da lag wenigstens das Verbrechen des Menschen am Menschen, der Gesellschaft am einzelnen offen, entblößt, schrecklich in seiner Nacktheit, himmelschreiend in seiner Brutalität. Der gekreuzigte Sklave, der gemarterte Leibeigene starb mit einem Fluche auf den Lippen, und sein verlöschender Blick traf haßerfüllt und Rache verkündend seine Peiniger.

Erst die bürgerliche Gesellschaft breitete über ihre Verbrechen den Schleier der Unsichtbarkeit. Erst sie sprengte alle Bande zwischen den Menschen und überließ den einzelnen seinem Schicksal, seinem Elend und seinem Verderben, um sich seiner erst nach seiner Entmenschung - geistigen oder leiblichen, durch Mord oder Selbstmord - zu erinnern. (...) Erst die bürgerliche Gesellschaft hat ihrem Massenmord den Schauder genommen, weil sie ihn alltäglich gemacht, bei den Opfern wie bei den Peinigern die Sinne abgestumpft hat, das Drama des menschlichen Daseins durch die menschliche Trivialität, den Schrei eines Untergehenden durch die Arie der Drehorgel, die Leiche eines Gefallenen durch den Staub der Großstadt deckend." (Rosa Luxemburg, "Nur ein Menschenleben!")

ooo

Der Kapitalismus und das Bedürfnis nach der Droge

"Beweist mir mal, daß es sich lohnt, keine Drogen zu nehmen!"

Dieser Frage eines jungen Drogensüchtigen nach einer sinnvollen Alternative zur Droge steht die bürgerliche Welt zunehmend ratloser gegenüber. In der Tat, was hat der Kapitalismus heute der Jugend zu bieten? Seit der Krise von 1975 ist die jüngste "Blütezeit" des Kapitalismus, die Aufbauphase, die Zeit des sogenannten wachsenden Wohlstands endgültig vorbei. Und spätestens seit Afghanistan ist klar, daß wir uns in der Vorbereitungsphase des nächsten imperialistischen Weltgemetzels befinden, als letzter kapitalistischer Ausweg aus der Krise.

Die Auswirkungen der Krise auf das Proletariat sind klar: Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit, verschärfte Ausbeutung für jene, die noch das "Privileg" eines Arbeitsplatzes haben. Die Arbeiterklasse sieht die sicher geglaubten "Errungenschaften" der fetten Jahre langsam aber sicher schwinden. Das alles schafft ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit.

In dieser Situation sucht der einzelne verstärkt nach einer Möglichkeit, aus dieser tristen Wirklichkeit zu fliehen. Dafür stehen ihm viele Möglichkeiten offen. Ob er sich nun an Alkohol, Hasch, Heroin, Religion oder Fußball berauscht - der Markt ist groß, und jeder in unserer "freien Gesellschaft" (und übrigens ebenso im Ostblock, wo religiöse Sekten, Alkohol und Tablettenkonsum üppig sprießen) hat die Freiheit, sich "sein" künstliches Paradies auszusuchen, je nach Lust *... und Geldbeutel*.

Besonders Jugendliche greifen heute zu solchen Fluchtwegen. Die Anhängerschar der Jugendsekten wächst ständig, immer jüngere Alkoholiker werden registriert, ein zwölfjähriger Rauschgiftabhängiger ist heute keine Seltenheit mehr.

Das hat seinen Grund. Schließlich werden junge Proletarier besonders hart von der Krise getroffen. Unter ihnen steigt die Arbeitslosigkeit weit mehr als in anderen Schichten des Proletariats, was sie einer verschärften Konkurrenz um einen Arbeitsplatz aussetzt. Nicht einmal das wenige Arbeitslosengeld, das "unser Sozialstaat" den älteren Arbeitern zugesteht, erhalten die Jugendlichen, wenn sie noch nicht das Glück hatten, ausgebeutet worden zu sein. Der Proletarier, der ein bestimmtes Alter erreicht hat, hat noch gewisse Sicherheiten oder zumindest die Erinnerung an vergangene "sichere Zeiten"; der junge Proletarier wird sozusagen in die Unsicherheit hineingeboren.

Und wie sieht die Zukunft aus? Für den sich ankündigenden nächsten Weltkrieg sind gerade die jungen Generationen das auserwählte Schlachtvieh. Bei einer so trüben Gegenwart und einer so finsteren Zukunft nimmt es nicht Wunder, daß sich gerade in der Jugend Pessimismus und Perspektivlosigkeit breit machen, deren Ausdruck der wachsende Drogenkonsum, aber auch eine hohe Selbstmordrate sind: ca. 10.000 Selbstmordversuche im Jahr werden bei den 15 bis 25-jährigen gezählt. Es ist bezeichnend für eine Gesellschaft, daß sie ihren Mitgliedern nur die Alternative bietet: Selbstmord oder Selbstmord auf Raten,nämlich Droge.

In der Krise tritt das Bedürfnis nach der Droge besonders kraß hervor. Wie wir sehen werden, liegt aber die eigentliche Ursache für das Drogenproblem im Kapitalismus *an sich*, der in Wirklichkeit eine Krise in Permanenz ist, die tagtäglich einen unerträglichen Druck erzeugt.

Was verstehen wir unter Droge? Der Marxismus hat im vorigen Jahrhundert die Religion als "Opium fürs Volk" entlarvt, gerade weil die Religion eine Scheinerlösung von den irdischen Qualen anstelle einer wirklichen,sozialen Befreiung setzt. Entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch, der nur bestimmte, im öffentlichen Handel nicht erhältliche Rauschgifte wie Hasch, Heroin, LSD usw. als Drogen bezeichnet, verstehen wir alles das als Droge, was in der Lage ist, eine zeitweilige Flucht vor der entleerten Wirklichkeit zu ermöglichen und durch Berauschung (bis hin zur Sucht) das Gefühl von Sorglosigkeit, Selbsterfüllung, Selbstverwirklichung,kurzum an die Stelle der Befriedigung eines Bedürfnisses seine scheinbare Befriedigung zu setzen. Wenn wir nachstehend allgemein von Droge reden, so meinen wir damit immer diese Funktion, die durch die unterschiedlichsten Aktivitäten und Mittel erfüllt werden kann. Eine bestimmte Tätigkeit und ein bestimmtes Genußmittel sind aber keine "Droge an sich", sondern es ist die Gesellschaft, die ihrer Ausführung oder ihrem Verbrauch den Charakter eines Suchtmittels verleiht. Und es ist die kapitalistische Gesellschaft, unter der praktisch jedes Mittel und jede Betätigung zur Droge werden kann.

Wenn die Droge ein Mittel der Ersatzbefriedigung ist, dann bedeutet massenhafter Drogenkonsum nichts anderes, als massenhafte Nichterfüllung von Bedürfnissen.

Welches sind nun aber diese menschlichen Bedürfnisse ? Und welche Hindernisse stellen sich ihrer Befriedigung entgegen?

Bei den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen handelt es sich im wesentlichen um das Streben nach Identifikation mit der eigenen Lebenstätigkeit, um den Wunsch nach Liebe und Vereinigung. Um aber diese Bedürfnisse verwirklichen zu können, muß man in erster Linie als *menschliches Wesen* existieren, d.h. als *bewußtes Gattungswesen*. Jede Freude setzt ein Leben als *menschliche Gemeinschaft* voraus, und gerade diese menschliche Gemeinschaft gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft nicht. Gerade weil er den Menschen (den Arbeiter) zum Individuum herabsetzt und zur "unabhängigen Persönlichkeit" macht, für die sich der gesellschaftliche Zusammenhang nur auf dem Wege des Warenaustausches und des Geldes herstellt, blockiert der Kapitalismus die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse wie keine vorhergehende Gesellschaft. (Wobei er allerdings zugleich die materielle Voraussetzung für die universelle Entwicklung und Verwirklichung aller Bedürfnisse schafft.)

Von der Bourgeoisie wird die Trennung der Menschen untereinander als Triumph, als höchste Errungenschaft der Menschheit gefeiert. Doch bedeutet dieser "Individualismus" nichts anderes als Vereinzelung, und zwar - was kann grausamer sein? - Vereinzelung in der Gesellschaft. Wie kommt es dazu?

Die Lohnarbeit und die Vereinzelung des Menschen

Der wesentliche Grund hierfür liegt in der kapitalistischen Organisation der Arbeit, also der Lohnarbeit. Der Kapitalismus beruht auf der Trennung zwischen den Produzenten einerseitsund ihren Lebensbedingungen - den Produktionsmitteln und den Produkten - andererseits. Die Produzenten, die Proletarier, sind daher dazu verdammt, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen, wo sie, herabgesetzt zu jeweiligen Besitzern einer individuellen Ware, nämlich ihrer Arbeitskraft, zu allen anderen Arbeitern in freie Konkurrenz treten . Sie sind dazu verurteilt, immer wieder ihre Haut zu Markte zu tragen, denn als Lohnarbeiter reproduzieren sie ihre Lebensbedingungen als eine ihnen fremde Macht, als Kapital, und zugleich reproduzieren sie sich selbst als Lohnarbeiter, die dieser fremden Macht ausgeliefert sind. Egal was der Arbeiter produziert, es gehört ihm nicht. Er legt sein Leben in das Produkt, doch dieses Leben ist für ihn verloren. Arbeiten heißt für ihn sein Leben, seine Bedürfnisse verneinen. *"Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich"* (Marx).

Die Arbeit selbst ist ihm eine Zwangsarbeit, die er nur als Mittel betrachtet, um seine Bedürfnisse außer ihr, nämlich in seiner Freizeit zu befriedigen. Das, was den Menschen vom Tier unterscheidet, die Arbeit, wird für den Proletarier zur unerträglichen, geistabtötenden und sinnentleerten Tätigkeit. Doch auch die Freizeit bietet ihm keine Erfüllung seiner menschlichen Bedürfnisse. In der Tat handelt es sich hierbei um nichts anderes als eine Pause zwischen zwei Arbeitszeiten, die zur Regeneration, zum Auftanken neuer Kräfte dient. Nicht nur in den Anfängen der industriellen Revolution war diese Tatsache offenkundig. Auch heute noch liegen Millionen von Arbeitern in der Welt in ihrer freien Zeit neben der Maschine ausgestreckt und verschnaufen dort bis zum Wiederbeginn der Arbeit.Auch dort, wo die Bourgeoisie über die elenden Zustände dieser Gesellschaft ihren Schleier decken konnte,hat sich nichts an der Tatsache geändert, daß sämtliche Betätigungen des Arbeiters den Bedürfnissen der Produktion und damit der Kapitalakkumulation untergeordnet sind.

Die Freizeit, von der die bürgerlichen Ideologen so viel Aufhebens machen,*"überholt gewissermaßen jede Arbeitskraft von Zeit zu Zeit, genau so wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muß"*, so lautet das offene Wort eines Freizeitspezialisten. Von erfüllender Tätigkeit kann in der Nichtarbeitszeit genauso wenig die Rede sein wie in der Arbeitszeit. Hier wie dort wird der einzelne auf sich selbst zurückgeworfen.

Ein Wort zur Familie und zur Erziehung

Die entfremdete Organisation der Arbeit wirkt aber nicht nur direkt auf die einzelnen ein. Sie dringt durch sämtliche Poren der kapitalistischen Gesellschaft, die alle Verhältnisse und Einrichtungen ihrem unerbittlichen Diktat unterwirft. Noch lange bevor das Individuum in den Arbeitsprozeß eingeführt wird, muß es darauf in Familie und Schule abgerichtet werden. Bei den männlichen Proletariern wird dieser Prozeß später im Laufe des Wehrdienstes durch die Willensbruchmaschinerie des Militärs vervollständigt.

Erfüllte die Familie in der vorkapitalistischen Gesellschaft als Wirtschaftseinheit eine unmittelbar produktive Funktion und bildete sie für alle ihre Mitglieder eine Schutzgemeinschaft, so ändert sich dies im Kapitalismus, wo die Produktion vergesellschaftet wird. Die materiellen Bedingungen führen zur Auflösung der Familie. Diese wird jedoch aufrechterhalten, denn das Kapital wälzt die Kosten für die Reproduktion des Arbeitsvermögens und die Sorgen um die Aufzucht der neuen Generationen auf sie ab. Und dies, während es die Familie zugleich aller materiellen Mittel beraubt! Daher kann die Familie ihren Mitgliedern kaum mehr etwas bieten - sie kann sie nur für das Kapital nach dessen Bedürfnissen und mit den von ihm verlangten Eigenschaften als fertige Ware auf den Arbeitsmarkt werfen. So werden vom Babyalter an die Lebensäußerungen des Menschen der heiligen Inquisition der Familie unterworfen. Zunächst wird seine Sexualität unterdrückt, was allgemein gilt. Dann wird er - als proletarischer Rekrut - im Knigge der Sklavenmentalität unterrichtet. Sich anpassen und kuschen sind die Leitworte, unter denen Kinder und Jugendliche auf Leistung und Konkurrenz getrimmt werden, während sie zugleich als Zielobjekt elterlicher Aggression dienen dürfen. Nicht zuletzt die verschiedenen Formen der rohen oder raffinierten Mißhandlung der Nachkommenschaft haben ausgesprochen suchtartigen Charakter in der bestehenden Gesellschaft.

Konkurrenzdenken, Leistungs- und Anpassungsdruck sind auch das Motto der schulischen Erziehung im Kapitalismus, auf die wir hier nicht näher eingehen können. Wir möchten aber erwähnen, daß die Schule ihrerseits eine Instanz ist, mit der der Kapitalismus einen Druck auf die Familie ausübt, damit diese ihrer Funktion gehörig nachkommt.

Kommunikation, Sprache und Liebe

Die Herrschaft des Kapitals besteht allgemein, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Auch wenn einzelne sich vielleicht einbilden, durch irgendwelche Privilegien ein Recht auf Müßiggang, Ruhe, Freizeit oder wie immer man es nennen will, erzielt zu haben, so haben sie dadurch keine Erfüllung ihrer Bedürfnisse erreicht. Die sexuelle Betätigung wird zur Quelle der Langeweile, wenn nicht gar der Angst, die Vergnügungen werden leer,und die Zahl der Selbstmorde innerhalb der parasitären Schicht zeigt, daß das Recht oder das Privileg des Müßiggangs in der heutigen Gesellschaft nichts mehr bedeutet. Nichtsdestotrotz suchen Millionen und Abermillionen verzweifelt ein bißchen Befriedigung, indem sie sich gegenseitig umwerben, in Diskotheken oder Sportstadien gehen, also ihr Glück in der Freizeit suchen.

Aber die Wege zur Kommunikation mit anderen sind nicht nur während des größten Teils des Tages, der Arbeitszeit, blokkiert, sondern überhaupt. Das menschliche Wesen kommuniziert nur, insofern es produziert, arbeitet, die Natur formt. Nur deshalb ist es fähig, mit anderen zu kommunizieren.
Die Sprache ist ein Produktionsmittel. Sie ist entstanden mit und für die Arbeit, als nämlich eine Verständigung unter den am Arbeitsprozeß Beteiligten notwendig wurde. Wir können nun aber genauer sagen, daß der Mensch nur dann kommuniziert, wenn er sich in der Arbeit bestätigt und verwirklicht, d.h. wenn er in die Arbeit seinen geistigen Plan einfließen läßt. Mit dem Übergang von der Manufaktur zur Großindustrie kehrte sich dieser Prozeß für die Mehrzahl der Menschen, nämlich die Proletarier, um. Gezwungen zur stumpfsinnigsten Handarbeit, stellen sie nur noch die ausführenden Organe dar, die Ihre Anweisungen von den Kopfarbeitern und Aufsehern und mit der fortschreitenden Entwicklung in immer stärkerem Maße von der Maschine selbst erhalten. Sie verleibt sich den geistigen Plan ein, bestimmt das Tempo und jeden einzelnen Handgriff, was die Entfremdung des Arbeiters noch weiter zuspitzt.

Die Sprache als technisches Mittel zur Kommunikation im Produktionsprozeß existiert also für den Proletarier nicht. Wenn sie auch in der unmittelbaren industriellen Produktion immer überflüssiger geworden ist, so heißt dies jedoch noch lange nicht, daß sie etwa verschwunden wäre, denn als Mittel der Kommunikation im Gesamtprozeß der Produktion, als Mittel zur Warenzirkulation und Ideologievermittlung erfüllt sie eine bedeutsame Rolle.

Das Rederecht in dieser Gesellschaft hat die Bourgeoisie zu ihrem Monopol gemacht, und ihre Sprache ist dem Proletarier aus Funk, Fernsehen, Presse, in der Schule und am Arbeitsplatz wohl bekannt. Er selbst hat den Mund zu halten und dem ideologischen Wortgerassel von den "Grundwerten" der"Freiheit" und "Demokratie", der "sozialen Partnerschaft" Glauben zu schenken. Machen die Bourgeois ihr eigenes Reden zu Silber, so scheffeln sie aus dem Schweigen des Proletariats pures Gold.

Daß die Sprache innerhalb der sozialen Verhältnisse des Kapitalismus nicht der Mitteilung eines Bedürfnisses zwecks Befriedigung desselben dient, tritt uns jeden Tag klar vor Augen. Sie dient vielmehr der Verwirklichung des Bedürfnisses einer Ware, zu ihrem Wert mit einer anderen Ware ausgetauscht zu werden. Sie ist dem Warencharakter untergeordnet, was in der Warenwerbung und nicht zuletzt in der Werbung für die Ware Arbeitskraft (bei der Bewerbung für einen Arbeitsplatz) deutlich wird. In der Praxis ist die Sprache also nicht Kommunikationsmittel zwischen den Menschen, sondern der Mensch mit seiner Sprache ist Vermittler zwischen zwei Waren.

Wie wenig die Sprache im Kapitalismus dem Herstellen von Beziehungen zwischen den Menschen dient, zeigt sich sowohl dann, wenn die Kommunikation im Alltag auf das Hinknurren von Begrüßungen beschränkt ist, als auch dann, wenn es darum geht, sich zu unterhalten oder -wie man es in den

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Droge und Kapitalismus

Kreisen der Bourgeoisie zu nennen pflegt - "Konversation zu treiben". Überall herrscht die absolute Leere.
Selbst im Falle der engsten Beziehungen, die die Menschen eingehen können, im Falle der Liebe zwischen zwei Menschen, ist der Weg zum anderen versperrt. Auf sprachlicher Ebene wird dies durch den an Deutlichkeit kaum zu überbietenden Ausdruck illustriert, daß die Liebenden miteinander "Zärtlichkeiten *austauschen*". Auch die körperliche Kommunikation ist in dieser Gesellschaft verkümmert. Um Freude zu erleben, ist es notwendig, daß jeder der beiden Körper sich vollkommen dem anderen hingibt. Die orgastische Befreiung ist nicht die Summe der Befreiungen zweier Individuen, sondern bildet eine höhere Einheit. Aber wie ist das zu verwirklichen, wenn jeder der beiden durch die Bedingungen der täglichen Existenz dazu gezwungen ist, in jeder Beziehung ein *unabhängiges Individuum* zu sein, wenn sie nur unter der Bedingung überleben können, die eigene absolute Selbständigkeit "als wirtschaftliches Subjekt, mit Rechten bestückt und angebliche Hauptfigur der menschlichen Geschichte" zu behaupten? Unter solchen Bedingungen kann sich nicht der eine dem anderen hingeben, sondern jeder wird versuchen, dem anderen ein bißchen Genuß für sich selbst zu stehlen. Hieran knüpft die herrschende Sexualmoral. Sie verleiht der Unterdrückung der Sexualität den Charakter eines Sexualitätverbots, und das, was verbleibt, nämlich das Stehlen eines Sexualgenusses, unterwirft sie einer strengen Reglementierung. So ist es kein Wunder, wenn in der heutigen Gesellschaft Sexualität ein allgemeines Problem ist, keine Quelle unbeschwerter Freude, sondern Quelle von Unzufriedenheit und Angst.

Und wieder zum Bedürfnis nach der Droge

Es handelt sich also um eine Verkümmerung des Menschen sowohl in sprachlicher als auch in körperlicher Hinsicht. Die menschlichen Bedürfnisse nach Liebe und Vereinigung werden einer sozialen Filterung unterworfen, und die soziale Organisation der Arbeit zwingt den einzelnen, seine Triebe zu blockieren und aufzustauen. Es entsteht in ihm Aggression und Haß gegen alles, was die Verwirklichung seiner Bedürfnisse verhindert, also eine "Zerstörungslust". Hier bietet die Droge einen Ausweg in gewissen Grenzen. Sie bewirkt eine Halluzination von Freude, aber auch die momentane Befreiung von der Zerstörungslust, die sich ja eigentlich gegen die äußere Wirklichkeit richtet, welche die Wünsche und Sehnsüchte abblockt. Die Droge ist also auch eine Form der Umleitung dieser latenten Aggression von der äußeren Wirklichkeit gegen den einzelnen selbst.
Zeugnisse, in denen Drogensüchtige ihre Erfahrungen beschreiben, veranschaulichen diese Erklärung. Wir wollen an dieser Stelle die Aussage eines Heroinsüchtigen zitieren, die im übrigen den Schilderungen religiöser Ekstase (so z.B. der Heiligen Theresa) vollkommen entspricht:

"Ich spüre einen Orgasmus in meinem Bauch wie eine unerträglich schöne Verbrennung. Das Heroin hat sich meines Körpers und meines Geistes bemächtigt, es gilt keinen Hunger mehr zu stillen, nichts nachzuholen; eine intensive Freude und völlige Befriedigung meiner Wünsche hat meine Sinne erschöpft".

Aus diesem Zitat geht deutlich die selbstzerstörerische Wirkung von Drogen hervor, die insbesondere beim Heroin auf der Hand liegt. Bei anderen Drogen freilich, wie dem Fernsehen, Sport, Discofieber, Tabletten und Alkohol, hängt der Selbstzerstörungsgrad eher von der Intensität ihres Gebrauchs ab.

Die Bourgeois geben sich immer gern als Menschenfreunde aus, die "das Beste" für alle wollen. Wollen sie also die Droge abschaffen? Natürlich nicht. Ganz im Gegenteil steht es außer Zweifel, daß die Hüter der bestehenden Ordnung, so sehr sie auch über den vermehrten Konsum bestimmter Drogen besorgt sein mögen, den Drogenverbrauch im allgemeinen fördern und darin ein unverzichtbares Mittel zur Benebelung der Ausgebeuteten und somit zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus erblicken, von den lukrativen Einkünften, die aus dem Verkauf der verschiedenen Drogen erwachsen, ganz zu schweigen.

Die wohl älteste und neben den Tabletten verbreitetste Droge im Proletariat ist der Alkohol, den die Bourgeoisie nicht missen möchte, da er dem Proletarier die Möglichkeit bietet, sein Elend zu ertränken, ohne jedoch seine Arbeitskraft in kurzer Zeit zu zerstören. Zwar kommt es infolge des Alkoholkonsums immer wieder zu unangenehmen Auswirkungen für die Bourgeoisie, die auf das reibungslose Funktionieren dieser Gesellschaft störend wirken und zusätzliche Kosten verursachen (Verkehrs- und Arbeitsunfälle, kriminelle Handlungen, irreparable Erkrankungen, Arbeitsausfälle usw.), doch werden diese nachteiligen Wirkungen bei weitem durch die unschätzbaren Vorzüge des Alkohols aufgewogen. Noch lange bevor er zur Arbeitsunfähigkeit führt, trägt er zunächst dadurch zu ihrer Aufrechterhaltung bei, daß er die natürliche Widerstrebsamkeit des Arbeiters gegen die Zwangsarbeit abstumpft und zerbricht.

Im Unterschied hierzu kommt es bei Heroinsucht bekanntlich in kürzester Zeit zum Verlust einer wertvollen Arbeitskraft, in die vielleicht viel investiert wurde. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Bourgeoisie diese Droge besonders scharf verfolgt.

Die bei weitem günstigste Droge, deren selbst übermäßiger Konsum bei der Bourgeoisie auf keinerlei Bedenken stößt, ist allerdings die Lohnarbeit selbst. Die Lohnarbeit als Droge? Das mag paradox klingen, haben wir doch erklärt, daß sie selbst das Bedürfnis nach der Droge hervorruft. Doch wer kennt nicht einen Arbeitssüchtigen? Und selbst die Psychiater geben, wenn auch unter der Hand, zu, daß die Arbeit alle Wirkungen einer Droge haben kann. Sie ist also einerseits die eigentliche Triebfeder, die den Arbeiter dazu zwingt, eine Last von Ängsten sich aufzubürden, die sich bis zu einem unerträglichen Maß aufstauen. Andererseits bietet sie das erste Ventil zur Erleichterung und Befreiung von diesen Spannungen, die dann in die Arbeit selbst zurückfließen.

Wir sehen in der Lohnarbeit die schwerste Droge, denn sie absorbiert die meisten Energien. Und der Kapitalismus hütet sich natürlich, sie zu kritisieren. Im Gegenteil propagiert er sie, wo er nur kann. Und bei einem Rückgang des Konsums dieser Droge schlägt er Alarm. Das zeigt sich ganz deutlich in den besorgt-empörten Reaktionen auf die zunehmende Abwesenheit vom Arbeitsplatz. Wie sehr die Arbeit Droge ist, kann man gut anhand der Entzugserscheinungen sehen. Abgesehen von den materiellen Folgen hat die Arbeitslosigkeit auch direkt psychische und physische Auswirkungen: *"Zunahme von Alkoholismus, Depressionen, Anstieg der Selbstmordrate bei Erwachsenen und Kindern, zunehmende Nervosität bei Familienmitgliedern, schwere psychische Störungen, werden überall registriert. Psychische Folgeschäden korrellieren mit gesundheitlichen Schäden wie Magen-Darm-Störungen, Herzerkrankungen, Fehlernährung- was zu einer Verminderung der Arbeitskraft führt, die dann noch weniger Aussicht hat, produktiv eingesetzt werden zu können"* (J. Roth, "Armut in der BRD", S. 207 ff).

Die bürgerliche Perspektive

Die bürgerliche Perspektive ist die der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Wie wir gesehen haben, stellt die Droge für sie im allgemeinen kein Problem. Lediglich die Zunahme des Verbrauchs harter Drogen, an erster Stelle des Heroins, ist es, worin die Bourgeoisie ein Problem erblickt. Die leichten, "exotischen", erst im Laufe der letzten Jahre in unseren Breiten populär gewordenen Drogen wie Haschisch, Marihuana usw. hingegen werden von ihr tendenziell akzeptiert. Wenn sie sie verfolgt, so nur weil sie beunruhigt feststellen muß, daß der Konsum dieser leichten Rauschgifte nicht selten bei den Jugendlichen mit einem Widerstand gegen die Abrichtung für den Produktionsprozeß einhergeht. Ohne den Handel dieser Rauschgifte auch nur im geringsten einschränken oder stören zu wollen, macht die Bourgeoisie diese Drogen jedoch zum willkommenen Anlaß, um einen Polizeiterror zu entfesseln, der die gesamte Jugend einschüchtern soll.

Was die spezifische Bekämpfung des wachsenden Heroinkonsums anbelangt, so gibt es innerhalb der Bourgeoisie im wesentlichen zwei, übrigens gleich repressive Lager: ein konservatives und ein reformistisches.
Die Konservativen sehen die diesbzgl. Funktion des Staates in der nackten Polizeirepression. Sie sprechen sich für die Beibehaltung der Bestrafung der Süchtigen aus. Laut ihnen würde die Abschaffung der Strafsanktionen die sogenannte abschreckende Wirkung aufheben, dank der heute viele potentielle Süchtige vom Rauschgiftkonsum ferngehalten werden; die Straffreiheit würde also zur weiteren Verbreitung der Drogenabhängigkeit ermuntern.

Innerhalb des Lagers der Reformisten bestehen zwei Vorschläge. Es gibt jene, die, ohne die Bestrafung von Rauschgiftsüchtigen aufzuheben, ihnen die Möglichkeit geben wollen, sich einer auf die zu verbüssende Strafzeit anrechenbaren Therapie zu unterziehen. Knast oder Zwangstherapie, kombiniert mit einer Umerziehungskur, die die spätere Eingliederung in die Gesellschaft ermöglichen soll, so lautet dann die großartige Alternative. Auf die Kasernierung will man also ebenso wenig verzichten wie jener sich etwas barsch ausdrückende Rechtsmediziner, demzufolge Rauschgiftsüchtige Verbrecher und Asoziale sind, vor denen sich der Staat ohne Gefühlsduselei und Schuldgefühle schützen muß. In dieser Aussage liegt all der Haß und die Feindseligkeit, die der Bürger, aber vor allem der Kleinbürger, der vom Staat geknechtet wird, für alles hegt, was er nicht versteht, was er dunkel wie eine Bedrohung wahrnimmt, was das idyllische Bild stört, das er sich von dieser Welt gemacht hat.

Die andere Fraktion der Reformer wartet mit dem Vorschlag auf, die Bestrafung der Süchtigen abzuschaffen und den Verkauf des Heroins staatlicherseits zu organisieren. Der Heroinsüchtige würde sich - jetzt unter medizinischer Kontrolle - zwar weiter vergiften und langsam krepieren, aber niemand würde es mehr sehen, so hofft man wenigstens. Die Aufhebung der Strafsanktionen und der razziaartigen Verfolgung von Drogensüchtigen würde somit durch ihre lückenlose Überwachung ersetzt.

Diese Vorschläge einer "rechtlichen Befreiung" der Süchtigen bedeuten keine wirkliche Befreiung der Drogenabhängigen, da die Ursachen für die Droge weiter fortbestehen. Sie gewähren nur das Recht auf Ausdruck der Suchtbedürfnisse. Das Suchtbedürfnis selbst wird von den Reformern nicht kritisiert, sondern bedauert, sind sie ja Reformer und keine Revolutionäre. Ihnen geht es um die rechtliche, nicht um die soziale Befreiung, ihre Perspektive ist die der Demokratie, die, wie wir eben gesehen haben, in diesem wie auch in anderen Bereichen mit wachsender Repression einhergeht.
"Wo der politische Staat seine Ausbildung erreicht hat, führt der Mensch nicht nur in Gedanken, im Bewußtsein, sondern in der WIRKLICHKEIT, im LEBEN ein doppeltes, ein himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im POLITISCHEN GEMEINWESEN, worin er sich als GEMEINWESEN gibt, und das Leben in der BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT, worin er als PRIVATMENSCH tätig ist, die andern Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird." (Marx, "Die Judenfrage", MEW 1, S. 354 f)
Das ist, im Gedanken von Marx und nicht von entarteten "Marxisten", der elende Glorienschein der heiligen Demokratie: Die Herabwürdigung des Menschen wird in den Himmel gehoben - und das Bedürfnis nach der Droge ist eine Form dieser Herabwürdigung.
Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft - als *Privatmensch* - tut der Drogensüchtige in der Tat nichts anderes, als sich selbst zum Mittel herabzuwürdigen und zum Spielball fremder Mächte zu machen, und das gerade in dem verzweifelten Versuch, ihnen zu entfliehen.
Die Reformer interessieren alle diese Probleme nicht. Ihnen genügt es, dem Problem die Offensichtlichkeit zu nehmen, eine saubere Gesellschaft vorzeigen zu können. Sie können nicht die Ursachen des Drogenproblems beseitigen, wie auch keines anderen Problems der bürgerlichen Gesellschaft. Man kann die Leere, das Elend, die Unsicherheit der Existenz in der bürgerlichen Gesellschaft nicht abschaffen, ohne diese Gesellschaft selbst abzuschaffen. Die Reformer aber wollen nur die Illusion verbreiten, die Übel der bürgerlichen Gesellschaft könnten gelöst werden, wenn man nur "konkret" und "guten Willens" ist.

Die marxistische Perspektive

Wir Kommunisten bekämpfen selbstverständlich jede Repression gegen die Opfer der bürgerlichen Gesellschaft und somit auch jede Repression gegen die Opfer des Rauschgifts. Wir stellen uns gegen die ganze repressive Gesetzgebung und alle rechtlichen Vorwände für die Repression der Rauschgiftkonsumenten. Die Gesetze, die den Rauschgiftkonsum verbieten, können diesen Konsum keineswegs einschränken. Sie sind nur ein zusätzliches Mittel, um die Opfer dieser Gesellschaft in Schuldige zu verwandeln und als solche zu verfolgen, um den Polizeiterror, den es in dieser Gesellschaft vor allem gegen die proletarische Jugend gibt, zu erhöhen.

Wir stellen uns aber ebenso selbstverständlich gegen die Kampagnen der Rauschgiftideologen und der Rauschgiftschickeria für die Droge und das "Recht auf Droge". Wir sind nicht für ein "Recht auf Droge", sondern *gegen die bürgerliche Repression.*

Unsere Perspektive ist nicht die armselige "rechtliche Befreiung", sondern die soziale Befreiung der Süchtigen, was die Beseitigung der Bedingungen, die die Drogen zu Drogen machen, voraussetzt. Nur mit der Zerstörung der kapitalistischen Verhältnisse kann der Kampf gegen die Droge wirksam sein. Nur der Kommunismus wird das Problem beseitigen können, indem er die Einheit zwischen Mensch und Natur, zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen dem Produzenten und der Arbeit, bzw. den Arbeitsbedingungen, zwischen Mann und Frau wiederherstellen und das Individuum in ein gesellschaftliches Wesen verwandeln wird; dazu ist die Beseitigung der *Warenproduktion, der Lohnarbeit, der Klassengesellschaft und des Staates* erforderlich.

Die Diktatur des Proletariats, die wir als prinzipielles Ziel anstreben und die den Weg zur kommunistischen Gesellschaft, zu dieser Gesellschaft ohne Klassen und ohne Staat, freimachen wird, wird selbstverständlich despotische Maßnahmen ergreifen, um die Produktion aller gefährlichen und schädlichen Erzeugnisse zu stoppen, und sie wird das "dealen" mit solchen Produkten unerbittlich verfolgen. Dieses Repressionsbedürfnis wird aber in demselben Maße verschwinden, wie die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse vor sich geht. Gegenüber den Konsumenten wird die Diktatur des Proletariats zunächst Maßnahmen ergreifen, die der Notwendigkeit der Verteidigung des Klassenstaates im Kampf gegen die Bourgeoisie entsprechen - so wurde z.B. der Alkoholismus im Laufe des Bürgerkrieges in Rußland unterdrückt. Danach werden ihre Maßnahmen den Bedürfnissen der allmählichen gesellschaftlichen Transformation gehorchen - sie werden von den pädagogischen Vorkehrungen bis hin zur medizinischen Behandlung und dem kollektiven Druck reichen.

Worauf aber stützt sich diese großartige Perspektive des Kommunismus und der proletarischen Herrschaft, die zu ihm führen wird? Wir haben bis jetzt nur das Elend gezeigt, das der Kapitalismus erzeugt, und die Fluchtversuche aus diesem Elend, die Scheinlösungen, die das Übel verewigen. Doch der Kapitalismus erzeugt auch die *kollektive Empörung des Proletariats, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.*

Auf diesem Klassenkampf, der nach den schrecklichen Niederlagen des internationalen Proletariats in den 20er und 30er Jahren für fünf Jahrzehnte in den Hintergrund getreten ist, auf diesem Klassenkampf, den Reformisten und Opportunisten mit allen Mitteln zu verhindern suchen, auf diesem Klassenkampf, der aus dem Elend und den Widersprüchen des Kapitalismus wieder keimhaft hervorgeht und bald mit Naturgewalt diese Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttern wird - *auf ihm beruht unsere Perspektive.*
Und der Klassenkampf wird in seiner Entwicklung, oder besser mit seiner Rückkehr auf die Bühne der Geschichte zum Teil auch unmittelbare Lösungen für das Drogenproblem bieten können. Erstens - und das ist entscheidend - durch die Perspektive, die dadurch materiell eröffnet und offenkundig wird, aber auch in dem Sinne, daß die Wiederaufnahme des Klassenkampfes eben die Erhebung des Proletariats zur kämpfenden Klasse gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer bedeutet und damit tägliche Gewaltanwendung von Seiten der Unterdrückten.

Diese Gewaltanwendung erzeugt aber - sozusagen als Nebeneffekt des Klassenkampfes - gleichzeitig die Befreiung von einer Reihe von Spannungen, die sonst in den Bereich der Droge fließen.

Andererseits ist es klar, daß auch eine Reihe von Organismen des proletarischen Lebens, die zusammen mit den gemeinsamen Aufgaben des Kampfes gebildet werden - und sicher nicht um die Nöte der einzelnen zu erleichtern - dennoch (wieder sozusagen als Nebeneffekt) eine Teillösung geben können für die Bedürfnisse nach Kommunikation und Vereinigung.

Eine endgültige Lösung kann jedoch - man kann es nicht genug wiederholen - nur im Kommunismus gefunden werden, dessen Notwendigkeit umso klarer hervortritt, als sich mit dem Heroin eine der grausamsten und rohesten Demonstrationen der Krankheit der bürgerlichen Gesellschaft verbreitet. Es ist ein Grund mehr, die Proletarier und insbesondere die proletarische Jugend dazu aufzurufen, diese Gesellschaft jeden Tag zu bekämpfen; es ist ein Verbrechen mehr, mit dem sie sich befleckt und für das sie schließlich den höchsten Preis wird bezahlen müssen: die Vernichtung!

Trotzkismus und Stalinismus

Für die bürgerliche und die "eurokommunistische" Publizistik schließen sich die "despotischen Eingriffe in die Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse" der proletarischen Diktatur zur Zeit Lenins und Trotzkis und der sogenannte "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" zur Zeit Stalins nahtlos aneinander an. Was die "Verbrechen" des Stalinismus angeht - die "Säuberungen", die Massaker, die Gulags -, so sieht die erste darin konsequenterweise die logische und unweigerliche Entwicklung der Absichten und Taten der Bolschewiki in der Periode der Machteroberung und des Bürgerkrieges, während die zweite sie als bedauernswerte Auswüchse betrachtet. Wenn sie sie aber als Auswüchse verurteilt, so beruft sie sich dabei nicht auf den *revolutionären und diktatorischen* Weg zum Sozialismus von Lenin und Trotzki. Im Gegenteil weist sie ihn mit Verachtung zurück, zugunsten eines von den tausenden reformistischen, demokratischen und pluralistischen "Wegen", die sich seitdem dem "Kommunismus" eröffnet hätten. Sie räumen höchstens ein, daß der andere Weg, als Ausnahme zur Regel, für das damalige Rußland, das die Finsternis der zaristischen Selbstherrschaft hinter sich lassen mußte, unvermeidlich und also legitim gewesen ist.

In beiden Fällen wurde der jüngst begangene 100. Geburtstag Trotzkis und Stalins zum Vorwand genommen, um die zwei folgenden Tragsäulen der *bestehenden bürgerlichen Ordnung* in Ost und West zu feiern: erstens sollen sich die Proletarier davor hüten, etwas anderes als den bestehenden "Sozialismus" des Ostblocks zu erwarten, weil es keinen anderen *realen*, also *möglichen* Sozialismus gibt. So ist es vergeblich, für einen Sozialismus zu kämpfen, der die Warenproduktion, die Lohnarbeit, das Geld usw., kurz das Kapital nicht kennt, wie sich ihn der "romantische", wenig realistische Trotzki vorstellte. Zweitens sollen die Proletarier die *Prinzipien* der Revolution, der proletarischen Diktatur, des roten Terrors auf den Müllhaufen des "alten Leninismus" und des "alten Marxismus" werfen. Als Bürger eines hochzivilisierten und christlich-menschenfreundlichen Westens sollen sie an die ewigen "Werte" der Demokratie glauben und die Schätze der nationalen Kultur verteidigen. Das Weiterbestehen einer asiatischen Barbarei, die man notgedrungen mit ihren eigenen Waffen bekämpfen mußte einerseits, und andererseits der paranoide Charakter Stalins, dieses letzten "Vaters der Völker", erklären die Niederträchtigkeiten, die in Rußland die Entstehung einer Produktionsweise begleiteten, die man dennoch mit vollem Rechte *Sozialismus* nennen kann. Diese Niederträchtigkeiten können sich aber die Proletarier des hochzivilisierten Westens ersparen.

In beiden Punkten ist unsere Position der bürgerlichen und opportunistischen seit jeher diametral entgegengesetzt. In den Kämpfen, die 1925-27 in der bolschewistischen Partei und in der Komintern wüteten, in diesen Kämpfen, deren Hauptgegner Stalin und Trotzki waren und deren schrecklicher Ausgang die weitere Geschichte des proletarischen Klassenkampfes in der ganzen Welt bestimmt hat, sehen wir heute wie damals einerseits den Ausdruck des dramatischen Zusammenstoßes *in Rußland* zwischen dem Kapitalismus, den die Bolschewiki angesichts der Verspätung der internationalen Revolution als ökonomische Grundlage für einen späteren Sprung in den Sozialismus fördern *mußten*, und der proletarischen Diktatur, die fest entschlossen war, ihn im Interesse des internationalen Befreiungskampfes des Proletariats "an der Leine zu halten". Andererseits sehen wir darin heute wie damals den Ausdruck des dramatischen Zusammenstoßes *in allen Ländern* zwischen den Kräften, die entschlossen waren, das gesamte theoretische, programmatische, taktische und organisatorische Rüstzeug der Partei der kommunistischen Revolution zu verteidigen, und den Kräften, die es verändern wollten, um aus der revolutionären Partei restlos eine weitere Partei der Reformen, des Volkes und der Nation zu machen, was diesen Kräften in der Folge auch gelungen ist. In der Tat trabte die Komintern schon damals im Streik der englischen Bergarbeiter (1927) der schlimmsten europäischen Sozialdemokratie und in den beiden entscheidenden Jahren der chinesischen Revolution (1925-27) der blutrünstigen chinesischen Bourgeoisie nach, womit sie die *Volksfronten* und *nationalen Fronten* der zwei kommenden Jahrzehnte im wesentlichen schon vorexerzierte .

Daß der Stalinismus siegte, ist bekannt. Dieser Sieg bedeutete jedoch *nicht* die Behauptung der Kontinuität der kommunistischen Bewegung, sondern deren *Bruch*; in den 50 folgenden Jahren wurde nicht mehr daran gearbeitet, die *praktische* Aktion und den *theoretischen* Kampf von Lenin, Trotzki und Genossen von 1917-1922 weiterzuführen, sondern auf allen Fronten zu verleugnen und zu begraben. Wie wir in unserer letzten Nummer gesehen haben, drückte sich dies in Rußland im forcierten Aufbau *eines mächtigen Kapitalismus unter dem Deckmantel des Sozialismus* aus, und in der ganzen Welt in der völligen Ausmerzung der Positionen der ersten Internationale aus dem Gedächtnis der Proletarier, d.h. derselben Positionen, welche die dritte Internationale in ihre Statuten vollständig wiederaufgenommen hatte:

"die Befreiung der Arbeiterklasse (ist) weder eine lokale , noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt";
"alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche (sind) bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder";
"die Arbeiterklasse (kann) gegen (die) Gesamtgewalt der besitzenden Klassen nur als Klasse handeln, indem sie sich selbst als besondere politische Partei konstituiert, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der besitzenden Klasse";
"diese Konstituierung der Arbeiterklasse als politische Partei (ist) unerläßlich für den Triumph der sozialen Revolution und ihres Endziels - Abschaffung aller Klassen" (Beschlüsse der IAA, 17.-23.9. 1871, MEW 17, S. 422).

Und nach Marx, dessen nachstehende Worte Lenin nicht zufällig in den Mittelpunkt von "Staat und Revolution" stellte, liegt vor diesem Endziel, liegt *"zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als DIE REVOLUTIONÄRE DIKTATUR DES PROLETARIATS"* ("Kritik des Gothaer Programms", 1875).

Die extreme Grausamkeit, der "Kannibalismus", der die stalinistische Konterrevolution wie - laut Marx- alle Konterrevolutionen kennzeichnet, war das notwendige Instrument des Übergangs zum "Sozialismus in einem Lande" in Rußland und zum Demokratismus und den "Volksfronten" in allen anderen Ländern. Hierfür mußte die Partei der Revolution nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt zerstört werden, und dies zetzte die zunächst politische, dann moralische und schließlich *physische* Zerstörung ihrer besten Kräfte, der hartnäckigsten und treuesten Vertreter der alten Garde bis hin zu ihren einfachsten, nicht minder entscheidenden und unerschütterlichen Militanten voraus. Diese Vernichtung mußte notwendig mit der Vernichtung der Theorie und des Programms einhergehen, deren hartnäckigste Vertreter Lenin sein ganzes Leben lang und Trotzki in seinen besten Jahren waren. In Rußland wird also die Partei zum Instrument der kapitalistischen Umgestaltung - auf ökonomischer und politischer Ebene -

Fortsetzung auf S.6

Selbstauflösung der KPD

»Die schmetternde Ouvertüre verliert sich in ein kleinlautes Knurren«

Diese Worte, mit denen Marx im "18. Brumaire" das Verhalten der Kleinbürger in den Klassenkämpfen charakterisiert, treffen auf den Werdegang der KPD umsomehr zu, als sich bei ihr das "kleinlaute Knurren" gerade *nach* dem fast vollständigen Abschluß des Zyklus der antiimperialistischen Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien - die für sie den wesentlichen Bezugspunkt darstellen - und *vor* der Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes einstellt.

Unsere Partei würde sich nicht mit der Auflösung der KPD bzw. mit der berüchtigten "Identitätskrise" der "Linken" im allgemeinen, über die heute in der BRD soviel gefaselt wird, näher beschäftigen, wäre damit nicht ein weiterer Angriff auf die revolutionäre Theorie des Proletariats, den Marxismus, verbunden. Da in der Tat die meisten "linken" Gruppen und vor allem die maoistischen aus denselben Gründen wie die KPD heute mit ihrem Latein am Ende sind, ist man bemüht, diese Krise als eine "Krise des Marxismus" hinzustellen oder, im Falle der KPD, sogar als "Krise der Gesellschaftstheorie überhaupt". Nun haben die maoistischen Gruppen niemals irgendeine Bindung zum wirklichen Kommunismus gehabt: Produkt der in Zersetzung begriffenen "Studentenbewegung", haben sie sich niemals auf eine andere Tradition berufen als auf den *Stalinismus*, der gerade durch den Kampf bis aufs Messer *gegen* die Grundpositionen des Marxismus, durch die *Liquidierung* aller Prinzipien des Kommunismus innerhalb der Arbeiterklasse gekennzeichnet war.

Die Prinzipien der maoistischen Gruppen waren die vom Stalinismus marxistisch verbrämten Prinzipien der Bourgeoisie - Nationalismus und Demokratie. In der bürgerlichen Revolution in China und auch in Vietnam fanden sie einen Leitstern. Doch bürgerliche Revolutionen vollenden ihre Laufbahn mit der Einordnung in den imperialistischen status quo und "nationale Wege" führen nicht in die sozialistische Verbrüderung, sondern in die Zuspitzung nationaler Gegensätze. Daher begann der Auflösungsprozeß des westlichen Maoismus mit dem chinesisch-amerikanischen Bündnis 1975, das keinen Zweifel mehr an der stabilisierenden Rolle Chinas für die bestehende Weltordnung zuließ; und seinen Gnadenstoß erhielt der Maoismus durch den chinesisch-vietnamesischen Krieg, der den Abschluß der bürgerlichen Revolution in Indochina besiegelte. Hinzu kommt das noch weitgehend "friedliche" soziale Klima in den Metropolen, das noch keine Nachfrage nach einem sich mehr oder minder radikal gebärdenden Opportunismus zur Kontrolle der proletarischen Massen entstehen läßt, eine Rolle, die der Maoismus unter anderen Bedingungen vielleicht hätte übernehmen können, wie er es ja schon in Teilen der sog. "dritten Welt" getan hat. Der ferne Leitstern verblaßt, zuhaus keine unmittelbaren Verankerungsmöglichkeiten - dies lieferte die maoistischen Gruppen den erschreckendsten und qualvollsten Gefühlen der Selbstverneinung und der Selbstzerstörung aus. Bei allgemeinem Mitgliederschwund waren die Reaktionen darauf unterschiedlich. Die KPD/ML verlor China aus dem Gedächtnis zugunsten... Albaniens, dessen verschwindend kleine weltpolitische Bedeutung mit der Möglichkeit einhergeht, eine "Unabhängigkeit" gegenüber den beiden imperialistischen Blöcken noch zu wahren - und gerade deshalb kann sich die KPD/ML umso besser auf den deutschen Nationalismus orientieren. Der KBW stürzte sich auf die "Patriotische Front" von Zimbabwe als Rettungsanker und sah sich damit plötzlich in einer Front mit Ian Smith und dem westlichen Imperialismus, dem er gegenüber dem östlichen ohnehin den Vorzug gibt. Die KPD, zunächst williges aber immer weniger benötigtes Sprachrohr der chinesischen Außenpolitik - und daher ebenfalls des deutschen Nationalismus - stürzte sich - darin dem KB durchaus ähnlich - nach und nach in die demokratischen Gesprächsrunden, um sich schließlich selber in eine solche zu verwandeln. Und in der demokratischen Diskussion wurde sie von ihrer kurzen Existenz erlöst. "Wir haben die Situation theoretisch nicht im Griff". Besser konnte man nicht allein die eigene, sondern auch die Ohnmacht demokratischer Diskussionen überhaupt eingestehen. Es bleibt ... die Hoffnung, deren Prinzipverkünder Bloch wohl wie kein anderer in den Auflösungsbeiträgen zitiert wird. Hoffnung auf ein neues breites Forum für die ... demokratische Diskussion; für einige vielleicht die Hoffnung, nunmehr in den Reihen der MLD noch konsequenter für den deutschen Chauvinismus auftreten zu können.

Gerade heute, zu einem Zeitpunkt, wo sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten verschärfen und die Kriegsdrohungen immer offener werden, wo die ersten Keime des Klassenkampfes in den imperialistischen Metropolen aufgehen, wo also sich immer deutlicher *die Notwendigkeit der wirklich proletarischen Partei* abzeichnet und die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats gegenüber dem Weltkrieg und der Weltrevolution immer aktueller wird, erleben die berüchtigten "linken" Organisationen den totalen Bankrott, und sie leugnen die Notwendigkeit und Möglichkeit der Kommunistischen Partei als Führungsorgan des Proletariats. Und dabei geht die Konkursmasse der KPD von ihrer eigenen Erfahrung mit dem Anspruch, eine "Partei" des Proletariats zu sein, aus. Aber gerade dieser Anspruch stand im krassen Gegensatz zu den Prinzipien, der Theorie, dem Programm, der Taktik und ebenso zu dem geschichtlichen Ursprung der KPD.

Die revolutionäre Partei des Proletariats wird durch ihre Prinzipien und ihr Programm , die unabänderlich sind und die Zukunft der proletarischen Bewegung vorwegnehmen, gekennzeichnet, und nicht durch den Einfluß , den sie zu einem x-beliebigen Zeitpunkt auf das Proletariat ausübt. Sie wird durch ihren Kampf in Verteidigung der Kontinuität des Marxismus, dieses monolithischen Blocks (Lenin), gekennzeichnet. Nach den Verwüstungen der stalinistischen Konterrevolution bedeutet dies, daß die Partei, um wirklich das *organisierte kritische Bewußtsein* des Proletariats und zugleich ein *handelndes und militantes Organ* zu sein, die Aufgabe der Bestätigung und Wiederherstellung des Marxismus anhand der "Lehren der Konterrevolution", anhand einer Bilanz des Kampfes und der Niederlage der letzten revolutionären Organisation des Proletariats, der Kommunistischen Internationale, erfüllt haben muß. Sieht man von diesen Bedingungen ab, so kann keine Rede von einer wirklichen proletarischen Partei sein. Nun werden alle heutigen Gruppen und darunter gerade die maoistischen dadurch gekennzeichnet, daß sie diese Aufgabe nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Sie überlassen ihre eigene Existenz vielmehr der "Bewegung" und dem sicherlich oft großmütigen, aber zur Bildung einer Partei völlig unzureichenden Willen Einzelner. Ohne eine richtige Einschätzung der heutigen Situation, unfähig, sie überhaupt zu verstehen, werden sie unvermeidlich zu deren Spielzeug. Angesichts der eigenen theoretischen Unzulänglichkeit flüchten sie in die "Tagespolitik", in eine zusammenhanglose, prinzipienlose Aktivität, kurz in den *Aktivismus* und holen sich unaufhörlich Beulen und Blessuren. Die Infragestellung und gar Leugnung des gesellschaftlichen Determinismus, die die Beiträge des Auflösungs-Parteitages der KPD charakterisiert, ist somit nur offenes und spätes Eingeständnis des eigenen *Voluntarismus* und zugleich der absoluten Ohnmacht des Voluntarismus als Grundlage politischen Handelns. Sie kann den marxistischen Determinismus nicht tangieren, sondern liefert im Gegenteil *einen konkreten Beweis* dafür, daß revolutionäre Politik auf ihm allein begründet werden kann.

Hin und her gezerrt vom Auseinandergehen von Anspruch und Wirklichkeit, prinzipienlos, bar jeglicher programmatischer Disziplin, zu ewigen Schwankungen, bzw. zu einer regelrechten Gymnastik gezwungen, die manchmal den *salto mortale* erfordert, können solche "Parteien" also nichts anderes als eine leere Hülse rein formaler Disziplin darstellen, in deren Inneren Cliquenwirtschaft, Karrierismus, Kampf für und gegen Personen, kurzum alle Kennzeichen und tatsächlichen Spielregeln einer demokratischen und parlamentarischen Politik sich breitmachen.

Die heutige "Identitätskrise" der "Linken" war von Anfang an vorauszusehen und sie stellt für uns Kommunisten einen weiteren Beweis für die Notwendigkeit der Verteidigung des vollständigen Marxismus und der Bekämpfung des Opportunismus dar. Leider haben diese sich fälschlicherweise kommunistisch nennenden "Parteien" unzählige ernsthafte Elemente verheizt und von *jeglicher* politischen Arbeit *abgeschreckt*. Sie haben eine allergische Abneigung gegen die *Parteiorganisation überhaupt* gefördert und als Erbe hinterlassen, und dies wird nur mehr ein zusätzlicher hemmender Faktor für die notwendige Organisierung einer proletarischen Avantgarde darstellen. Die Krise des Maoismus und der "Linken" überhaupt sollte aber diejenigen keineswegs zur Resignation führen, die ehrlich *an den Faden der wirklichen Tradition der kommunistischen Bewegung* anzuknüpfen suchen und ihre Energien für die Bildung des Instruments der proletarischen Revolution einsetzen möchten. Sie muß ihnen im Gegenteil einen Grund mehr dafür liefern, mit dem ganzen Schlamassel zu brechen und den Weg der kommunistischen Weltpartei einzuschlagen.

Trotzkismus und Stalinismus

Fortsetzung von S.5

des riesigen Landes degradiert und *jeglichen* proletarischen und kommunistischen Inhalts beraubt. International wird sie logischerweise zum Träger der demokratischen Reform *gegen* die proletarische Revolution, der nationalen Interessen *gegen* den proletarischen Internationalismus, des Pluralismus und des Mehrparteiensystems *gegen* die Diktatur der einzigen Partei, die den siegreichen Aufstand und den internationalen Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital vertritt, gemacht.

Da es nicht die Gewalt und der Terror sind, die den Stalinismus kennzeichnen, sondern das antiproletarische Ziel, wofür er diese Gewalt benutzt, widerspricht die Intensität und das Ausmaß der Gewalt keineswegs seinem demokratischen Wesen. Benutzten die Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts etwa andere und weniger grausame Mittel, um mit dem Sieg der kapitalistischen Produktionsweise den Sieg der Demokratie und ihrer "ewigen" und trügerischen Prinzipien der liberté, égalité und fraternité als Hülle der unbarmherzigen Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft zu sichern? Und wenn diese Mittel damals notwendig gewesen waren, um den Widerstand der feudalen *Vergangenheit* zu brechen, so waren sie jetzt in noch höherem Maße notwendig, denn es ging darum, einen Widerstand und eine Gefahr zu zerschlagen, die weitaus ernsthafter waren, da sie die *Zukunft*, das Proletariat und die proletarische Revolution, repräsentierten. Wenn die bürgerlichen und opportunistischen Ideologen ein so dringendes Bedürfnis danach haben, den Stammbaum der Stalin & Co. aufzustellen, dann mögen sie dessen niederträchtige Wurzel und gehässige Zweige *in der Vergangenheit ihrer eigenen Klasse* suchen und nicht in der Vergangenheit der Arbeiterbewegung!

1925-1927 stand Trotzki in der ersten Reihe des Kampfes um die Verteidigung des kommunistischen Internationalismus und der revolutionären und proletarischen Substanz der Partei, genauso wie er im Bürgerkrieg und durch Hunderte von Reden und Schriften in der vordersten Reihe neben Lenin gestanden hatte, um die Prinzipien der gewaltsamen Revolution, der proletarischen Diktatur und des roten Terrors zu verteidigen, im Innern gegen den *Widerstand und die Angriffe der Relikte* der alten herrschenden Klassen und nach außen gegen die Angriffe der internationalen Bourgeoisie, die sich von der unmittelbaren Ausdehnung des "sozialen Brandes" auf weitere Länder bedroht fühlte. Auf *diesen* Trotzki berufen wir uns *vorbehaltlos*; das *gigantische* Werk von *diesem* Trotzki wird die kommunistische Bewegung - die echte kommunistische Bewegung, die sich aus den Trümmern einer furchtbaren Niederlage wieder emporheben muß - voll zur Geltung bringen. Der Stalinismus hat nicht nur die Prinzipien der kommunistischen Bewegung restlos zerstört, sondern als Reaktion auf den Stalinismus entstand auch in der Arbeiterklasse die verdammte, offene oder unterschwellige Abneigung gegen jede Zentralisation, Autorität, Diktatur und Partei, und in dem langen Kampf des Marxismus gegen das Wiederaufleben von Individualismus und anarchistischen Tendenzen sind nur wenige Waffen so präzise und scharf, so brauchbar wie Trotzkis "Terrorismus und Kommunismus".

o°o

Es kann nach diesen Feststellungen über den Gründer der "Roten Armee" seltsam erscheinen, daß die Organisationen, die sich auf Trotzki berufen, zur UdSSR heute wie schon zur Zeit Stalins eine Position einnehmen, die mit der Zeit der eurokommunistischen immer ähnlicher wird: In Rußland *existiert* der Sozialismus; es fehlt die *"Arbeiterdemokratie"* (und hinter diesem Ausdruck kann man die *"reine Demokratie"* nur allzu leicht wiedererkennen); die Arbeiterklasse braucht nur noch das bürokratische Joch abzuschütteln, und die sozialistische Gesellschaft wird ihr wie eine reife Frucht in den Schoß fallen.

Wir hüten uns natürlich davor, Trotzki alle Abirrungen seiner wahren oder vermeintlichen Schüler aufzubürden. Aber genauso wie wir nie gezögert haben, uns auf die wahre Größe des kommunistischen Militanten vorbehaltlos zu berufen, genauso haben wir nie gezögert, die Grenzen seines glorreichen Kampfes gegen den Stalinismus zu erkennen. Seine ganze Größe besteht im vollständigen und bedingungslosen Übertritt zum Bolschewismus Lenins im Jahre 1917 und in der unermüdlichen Verteidigung des bolschewistischen Programms. Seine historischen Grenzen haben ihren Ursprung erstens in seiner *eigenen* Auffassung der marxistischen Theorie von der Revolution in Permanenz; zweitens in seiner Laufbahn als unabhängiger Einzelgänger in den vorrevolutionären Jahren, in denen er zwischen dem Menschewismus und dem Bolschewismus schwankte und sich damit beschäftigte, zwischen den beiden unmögliche Brücken zu schlagen oder schlimmer noch, in den menschewistischen Reihen einen revolutionären "Geist", der unwiderruflich verloschen war, wachzurufen; und drittens in der Tatsache, daß diese Laufbahn mit der gleichartigen Entwicklung, die sich in der Komintern selbst nach ihrem III. Weltkongreß (1921) eröffnete, zusammentrifft.

Wie wir schon oft gezeigt haben, hat Trotzki die eigene Auffassung von der Revolution in Permanenz nie vollständig überwinden können, was die immer wiederkehrenden Zweideutigkeiten seines dennoch großartigen Kampfes gegen den Stalinismus erklärt. So kam er schon früh (aber vor allem in den 30er Jahren)dazu, in dem "Staatseigentum" an Grund und Boden und an der Großindustrie den *schon sozialistischen* ökonomischen Sockel eines freilich politisch "degenerierten" Arbeiterstaates zu "theorisieren". Dies führte zu seiner "Theorie" einer "antibürokratischen Revolution" für die Sowjetunion, derzufolge das Proletariat der "Bürokratie" die Macht entreißen und eine mythische "Arbeiterdemokratie" errichten soll, wodurch auf dem selben ökonomischen Sockel die "bürokratischen Entstellungen" beseitigt werden könnten.

Aus diesem Grund und obwohl das Proletariat nicht mehr die Macht hat, blieb die Sowjetunion für ihn ein "Arbeiterstaat", den man im Frieden wie im Kriege als bleibende Errungenschaft verteidigen müsse.

Man könnte also von einer zyklischen Rückkehr Trotzkis zu seiner vorbolschewistischen Geschichte sprechen. Indem sie sich gerade auf sie zu stützen versuchen, übernehmen die heutigen Trotzkisten unverändert die Losung der gar "bedingungslosen" Verteidigung der UdSSR, obwohl die letzten 40 Jahre das wahre Gesicht des "realen Sozialismus" mehr als genug entlarvt haben. Für sie existiert eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft übrigens nicht allein in Rußland, sondern in ganz Osteuropa, in China, Kuba, Vietnam usw. Der Unterschied besteht darin, daß sie in Rußland politisch "degeneriert" ist, in den anderen Ländern mehr oder weniger "deformiert" entstanden ist. Die Trotzkisten erwarten von der "Bürokratie" all dieser Länder, die inzwischen zugleich maßlos gewachsen und verfault und verkalkt sein soll, daß sie *sich selbst zum Trotz* das Werk des "Aufbaus des Sozialismus" vorantreibt und, wenn es geht, mit Waffengewalt den "Sozialismus" in die Länder ausführt, in denen er noch nicht existiert.

Trotzki hatte in der vorrevolutionären Phase die These formuliert: *"Die Diktatur des Proletariats, das als Führer der demokratischen Revolution zur Herrschaft gelangt ist, wird unvermeidlich und in kürzester Frist vor Aufgaben gestellt sein, die mit weitgehenden Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte verbunden sind. Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein ..."* ("Was ist die permanente Revolution? Grundsätze") (1).

Von dieser These ausgehend, die sie zugleich auf die Spitze treiben und entstellen (die Diktatur des Proletariats und selbst die Beteiligung des Proletariats an der Revolution, ja die bloße Existenz eines Proletariats werden beiseite gelassen), stellen die heutigen Trotzkisten *jedem* Regime, das aus einer nationaldemokratischen Revolution in den Ländern der sog. "Dritten Welt" hervorgegangen ist, eine Bescheinigung des Sozialismus aus. *Alle* diese Länder sind aber doch aufgrund der Notwendigkeit einer beschleunigten Kapitalakkumulation und einer raschen Veränderung der vorkapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu mehr oder minder großen Nationalisierungen gezwungen, die die Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital *um keinen Deut* ändern, sondern sie *im Gegenteil verschärfen*!

o

In seinem Abschiedbrief vom 16. Dezember 1927 bedauerte Joffe, ein Kampfgefährte Trotzkis, daß dieser nicht über die "Unbeugsamkeit und Unerschütterlichkeit von Lenin" verfügte und zu oft "die richtige Auffassung einer Versöhnung und einem Kompromiß geopfert" hätte, denen er einen übertriebenen Wert beimesse.

Indem sie das aus dieser Neigung hervorgehende Taktieren und Manövrieren auf die Spitze und ins Lächerliche treiben, kultivieren die heutigen Trotzkisten den Geschmack an kleinen Manövern und zweideutigen "taktischen" Tricks, mit deren Hilfe man die Eroberung der Massen oder geradewegs die Machteroberung beschleunigen und eine Reihe von *Übergangsetappen* auf dem Wege zur Revolution und zur proletarischen Diktatur konstruieren könnte. Sie bemühen sich um Blockbildungen und Bündnisse mit Parteien, deren Gefolgschaft zwar teilweise aus Proletariern besteht, deren Aktion jedoch unwiderruflich konterrevolutionär ist. Sie pflegen die Illusion - die in einem gewissen Sinne den Illusionen über die "Bürokratie" entspricht -, den opportunistischen Feind zwingen zu können, *sich selbst zum Trotz* und entgegen allen seinen Absichten *für die Sache der kommunistischen Revolution* zu arbeiten.

"Die Biegsamkeit - schrieb Trotzki noch 1928 - *war und darf auch jetzt nicht die Haupteigenschaft des Bolschewismus sein, sondern die Granithärte. Der Bolschewismus war gerade auf diese Eigenschaft, die ihm von seinen Feinden und Gegnern vorgeworfen wurde, mit Recht stets stolz gewesen. Nicht ein seliger 'Optimismus', sondern die Unduldsamkeit, Wachsamkeit, revolutionäres Mißtrauen und der Kampf um jede Handbreit Selbständigkeit - das sind die Grundeigenschaften des Bolschewismus. Mit ihrer Pflege müssen auch die kommunistischen Parteien des Westens und des Ostens beginnen. Das Recht, große Manöver durchzuführen, muß erst erkämpft werden, indem man die politische und materielle Möglichkeit zu ihrer Durchführung, d.h. die Kraft, Festigkeit und Standhaftigkeit der eigenen Organisation vorbereitet"* (2).

Es liegt eine tragische Ironie darin, daß der stolze unnachgiebige Trotzki dieser und tausend anderer Seiten *geschriebener* und *erlebter* Geschichte dann zum Fürsprecher einer scheinbar gefahrlosen und doch so gefährlichen *Nachgiebigkeit* in den Fragen der Einheitsfront, der "Arbeiterregierung", der Haltung zum Faschismus und also zur Demokratie wurde und schließlich - damit befinden wir uns aber nicht mehr auf dem Gebiet der Taktik, sondern der allgemeinen Strategie - auf das Möchte-gern-Manöver des Entrismus in die reformistischen Parteien zurückgriff, um sie "von innen zu spalten" und mit den somit gewonnenen Splittern den qualvollen Prozeß der Wiederentstehung der revolutionären Internationale zu "beschleunigen". Die "Schüler" Trotzkis sind und waren nur die *Parodie dieses*, d.h. des nachgiebigen Trotzki. Zwischen der krankhaften Suche nach Notbehelfen und dem Entrismus der 30er Jahre einerseits und andererseits der Nachtrabpolitik (und schlimmeres noch) gegenüber den "linken Parteien" und den erzreformistischen Gewerkschaftsbonzen bis hin zum Trommelrühren für sogenannte "Arbeiterregierungen", "kleinere Übel" und dgl., für pazifistische, mit einem rein äußerlichen Antiamerikanismus übertünchte oder bei Bedarf für ökologische Kampagnen - dazwischen liegt sicherlich ein *Sprung*, den der große Militant Trotzki niemals mitgemacht hätte.

Es ist jedoch notwendig zu erkennen, daß er zwischen tausend "Erwägungen" und Schwankungen dafür die Grundlagen geschaffen hat, die er ohne wirksames Gegenmittel einer Legion von "Söhnen" und "Enkelkindern" als Erbe hinterließ. Der lange Kampf, den unsere Strömung innerhalb der Komintern geführt hat, zielte nicht zuletzt darauf ab, eine Tendenz abzublocken, die darin bestand, verschwommene Losungen und Aktionsformeln aufzustellen. Solche Losungen ermöglichen schon deshalb die verschiedensten, meistens allerdings rechte und sogar ultrarechte Interpretationen, was für die westlichen Parteien der Komintern infolge der Trägheitskraft der demokratischen Traditionen und des "Konfusionismus" umsomehr zutreffen mußte. In diesem Kampf ging es uns niemals darum, Absichten an den Pranger zu stellen (und die Absichten Trotzkis waren selbstverständlich mehr als bei sonst jemand unanfechtbar). Der wunde Punkt lag vielmehr in den materiellen Bestimmungen und Entwicklungen, die sich unter solchen Umständen unweigerlich der Partei bemächtigen würden, denn die Partei ist nicht allein ein Faktor der Geschichte, sie ist auch ein Produkt der Geschichte und nicht zuletzt ihrer *eigenen* Geschichte. Damals wurde vor der Gefahr gewarnt (3). Inzwischen handelt es sich schon lange nicht mehr um eine Gefahr, sondern um *vollendete Tatsachen*, was nicht allein für den Oberopportunismus, den Stalinismus, gilt, sondern auch im entsprechenden Maßstab für diese neue Variante des Zentrismus, den die trotzkistischen Bewegungen durchaus verkörpern.

Dies alles zu erkennen, ist ein Teil der "Bilanz der Konterrevolution", die zu ziehen Trotzki nicht vergönnt war. An dieser gezogenen Bilanz halten wir treu fest, nicht nur und nicht so sehr, um politisch zu überleben, sondern um unseren Kampf zu Ende zu führen.

(1) Marx schrieb am 20. Juni 1881 an Sorge: *"Alle diese 'Sozialisten' seit Colins haben das gemein, daß sie die LOHNARBEIT, also auch die KAPITALISTISCHE PRODUKTION bestehen lassen, indem sie sich oder der Welt vorgaukeln wollen, daß durch Verwandlung der Grundrente in Steuer an den Staat ALLE MISSTÄNDE der kapitalistischen Produktion von selbst verschwinden müssen. Es ist das Ganze also nur ein sozialistisch verbrämter Versuch, DIE KAPITALISTENHERRSCHAFT ZU RETTEN und in der Tat auf NOCH WEITERER BASIS als der jetzigen NEU ZU BEGRÜNDEN"* (MEW 35, S. 200). Schon der erste Teil dieses Zitates, dessen Hervorhebungen von Marx selbst stammen, genügt, um die "theoretischen" Voraussetzungen des Stalinismus, aber auch der trotzkistischen Fassung der "Revolution in Permanenz" und der entsprechenden Einschätzung der russischen Ökonomie zu zerschlagen. Denn in Rußland besteht bekanntlich die Lohnarbeit, mehr noch, die Entwicklung führte seit der Revolution nicht zu ihrer Aufhebung, sondern wachsenden sozialen Verallgemeinerung. Dem trotzkistischen Anspruch, mittels Nationalisierungen bzw. Verstaatlichungen die Mißstände der Produktion auf der Grundlage der Lohnarbeit zu beheben, stellt das obige Zitat in ein grelles Licht. Und was den Anpruch angeht, diese Mißstände durch die Demokratie beheben zu wollen, so stellt er bekanntlich die Quintessenz der bürgerlichen Gesellschaftstheorie dar.

(2)"Die dritte Internationale nach Lenin", S. 183 - 184.
Wir können der Versuchung nicht widerstehen, diesen vorhergehenden Abschnitt zu zitieren:
"Die wichtigste, feststehendste und unveränderlichste Regel eines jeden Manövers lautet .: Man soll niemals die eigene Parteiorganisation mit einer fremden vermischen, vereinigen oder verbinden, mag diese heute auch noch so 'freundschaftlich' sein. Man soll niemals einen solchen Schritt unternehmen, der direkt oder indirekt, offen oder maskiert zu einer Unterordnung der Partei unter andere Parteien, oder unter Organisationen anderer Klassen führt und damit die Freiheit der eigenen Agitation beschränkt, oder durch den man, wenn auch nur teilweise, für die politische Linie der anderen Parteien verantwortlich gemacht wird. Du sollst nicht die Fahnen vermischen, geschweige denn vor einer fremden Fahne knien". Punkt für Punkt das genaue Gegenteil der trotzkistischen Praxis von heute.

(3)Siehe hierzu unsere Reihe mit den Thesen der Kommunistischen Linken Italiens in "Kommunistisches Programm" Nr. 13 u. 14 sowie die Reden Bordigas auf dem 2., 4. und 5. Weltkongreß der KI, bzw. auf der Erweiterten Exekutive vom Frühjahr 1926.

Für eine tiefergehende Einschätzung von Trotzkis Kampf gegen den Stalinismus siehe "Bilanz einer Revolution" in "Kommunistisches Programm" Nr. 15/16.

Izmir — Bonn, Hin und Zurück

Fortsetzung von S.2

demokratischer Kampf, kein Kampf um einen demokratischen Staat, sondern muß Teil des Kampfes um die Weltdiktatur des Proletariats sein.

Ist also die "Türkeihilfe", diese "nationale Pflicht" (Leisler Kiep) des deutschen Kapitals, eine Herausforderung an das deutsche Proletariat, seine eigene internationalistische Aufgabe im Kampf gegen den deutschen Staat wahrzunehmen, so bilden Kämpfe wie die Revolte von Izmir einen materiellen Anstoß dazu und zeigen gleichzeitig den Weg, den die Wiederaufnahme des Klassenkampfes auch hier einschlagen wird, ein Weg, der nicht allein und nicht so sehr durch einen langsamen und graduellen Prozeß des Wiederzusammenfügens von verstreuten Kräften gekennzeichnet sein wird, sondern vor allem durch plötzliche Aufschwünge, die die Etappen ganzer Jahrzehnte überspringen.

Hier liegt, nach beiden Seiten hin, die Aufgabe der revolutionären Kommunisten, der internationalen Partei: Den Klassenbrüdern der jungen kapitalistischen Länder an Ort und Stelle wie in der Emigration den Schatz der revolutionären Wissenschaft vermitteln und das Proletariat der Metropolen darüberhinaus auf Klassenkämpfe wie denjenigen von Izmir vorbereiten; hier wie dort einen Kampf, dessen Bestimmung eine internationale ist, international und internationalistisch organisieren und führen.

Presserechtlich verantwortlich
und Kontaktadresse:
Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32 - 1 Berlin 61

Druck: Movimento Druck
Waldemarstr. 33 - Berlin

Demokratisierungswelle in Lateinamerika

Vorbeugehaft für die soziale Bewegung

Der amerikanische Imperialismus hatte sich in Lateinamerika bislang als Anstifter brutaler militärischer Staatsstreiche ausgezeichnet. Der Spannbogen reicht vom "Platt-Amendment", mit dem sich die USA in der Jahrhundertwende Interventionsrechte auf Kuba zusicherten, bis hin zum Pinochet-Putsch in Chile - die Aufzählung dieser gewaltsamen Regierungswechsel würde länger als manche Bundestagsrede ausfallen. Da die verschiedenen Flügel des lokalen Bürgertums sich nicht parlamentarisch einigen konnten und die labilen demokratischen Strukturen nicht in der Lage waren, die imperialistische Ordnung zu sichern, wurden die parlamentarischen Formalitäten jeweils abgeschafft und offene Militärdiktaturen errichtet.

In letzter Zeit haben sich die USA jedoch zum Meister des Kampfes gegen die"reaktionären Diktaturen", für die Demokratie und den"sozialen Fortschritt"gemausert. Und wie es dem klassischen amerikanischen Pragmatismus entspricht, begnügte sich das Weiße Haus nicht mit Carters Erklärungen für die Menschenrechte, sondern fing an zu handeln. Zunächst natürlich in den vor der Tür liegenden Halbkolonien.So wurde Costa Rica demokratisiert und in der Dominikanischen Republik wurde der von denselben USA durch eine Intervention an die Macht gebrachte Diktator Balanguer durch demokratische Wahlen abgesetzt; der neue Präsident ist gar ein Sozialdemokrat. Und die USA waren dabei, die demokratische Beseitigung von Somoza vorzubereiten, als sie vom Ausbruch einer mächtigen sozialen Bewegung und der Drohung eines neuen Cuba überrascht wurden. Dank der Politik der Sandinistischen Befreiungsfront, die im Bündnis mit der lokalen Bourgeoisie einen Regierungswechsel und einen Kompromiß mit den USA und keine Revolution anstrebte, haben sie es zwar noch vermocht, die Situation wieder einigermaßen in den Griff zu bekommen.Aber Nicaragua war eine ernste Warnung und hatte die Konsequenz, daß Washington die Demokratisierung der mittelamerikanischen Staaten zu beschleunigen versucht, trotz des etwaigen Widerstandes seiner bisherigen lokalen Agenten, die oft schwer begreifen, daß sie einen *Teil ihrer Privilegien einbüßen müssen, damit die Interessen* der USA weiterhin gesichert bleiben.

Diese Änderung der amerikanischen Politik ist keine strategische, sondern eine taktische, und sie bedeutet keineswegs, daß sich die gewaltsame, despotische und räuberische Natur des US-Imperialismus auch nur im geringsten gewandelt hätte. Die Fahne der Demokratie und der Menschenrechte wird geschwenkt, zugleich aber wird der US-Militärapparat zur Herrschaft über den ganzen Kontinent weiter ausgebaut.Aus Elitetruppen werden Streitkräfte gebildet, die in Key West/Florida für die Intervention in Lateinamerika ständig bereitstehen werden. Ein Beispiel für ihre Wirksamkeit wurde bereits geliefert mit der spektakulären, warnenden Übung einer Intervention in Cuba, womit die USA zeigten, daß sie für eine solche Operation nur drei Wochen brauchten!

Die Strategie bleibt also nach wie vor dieselbe: um jeden Preis den konterrevolutionären status quo sichern. Die historischen Bedingungen haben sich aber gewandelt. Die ökonomische Entwicklung, die im internationalen Boom der frühen siebziger Jahre gipfelte und seitdem in eine internationale Krise umschlug, wirkte sich auf Lateinamerika besonders aus. Sie führte zunehmend zur Verelendung der Bauernschaft, zur Konzentration des Reichtums und zur Proletarisierung. Eine zahlreiche Landarbeiterklasse und in vielen Ländern auch ein mächtiges Industrieproletariat prägen inzwischen das Gesicht des Subkontinents . Eine soziale Bewegung entsteht, die sich aufgrund ihrer Natur kaum durch den autoritären und nationalistischen Populismus früherer Zeiten wird neutralisieren lassen.Durch den Populismus versuchten Flügel der Bourgeoisie die Volksmassen mit demagogischen Versprechungen nationalistisch zu mobilisieren, um dem Imperialismus und dem Grundbesitz einige Konzessionen abzutrotzen. Die ökonomische Entwicklung mit ihrem massiven Kapitalimport führte aber nicht allein zur Änderung der sozialen Zusammensetzung dieser Volksmassen und ihrer weiteren Verelendung. Sie führte auch zur weitgehenden Verschmelzung der *gesamten* lokalen Bourgeoisien mit dem internationalen und an erster Stelle mit dem US-Kapital und zur restlosen Integration der lateinamerikanischen Wirtschaft in den Weltmarkt. Dies hat wiederum drei Konsequenzen. Erstens entsteht die Grundlage für den parlamentarisch-demokratischen Ausgleich zwischen den unter der Fuchtel des internationalen Kapitals vereinheitlichten bürgerlichen Flügeln, wobei die alten Grundherren, die ihre traditionelle lokale Macht im Staate aufrechterhalten wollen, aber auch die Militärdespoten nur noch ein Hindernis auf diesem Wege darstellen. Zweitens können sich die großen internationalen politischen Strömungen der Bourgeoisie mit Erfolg auf Lateinamerika ausdehnen, dort auf dieser Grundlage zur Bildung demokratischer und gar reformistischer Parteien beitragen und die relative soziale Schwäche und politische Rückständigkeit der lokalen Bourgeoisien kompensieren. So kann der Imperialismus hoffen, daß Parteien entstehen, die tatsächlich in der Lage sind, die soziale Bewegung aufzufangen und unter Kontrolle zu halten. Hierbei spielen der christlich-soziale Reformismus (vor allem die Jesuiten) und die internationale Sozialdemokratie eine entscheidende Rolle und können auf ihre Erfahrung mit der Demokratisierung in Spanien zurückgreifen. So ist die sozialistische Internationale inzwischen unter anderem in Venezuela und in der Dominikanischen Republik fest verankert, und die Sandinistas in Nicaragua kokettieren mit ihr. In Brasilien - wo die deutschen Gewerkschaften außerdem eine demokratische "Gewerkschaftsopposition" unterstützen und bei der reformistischen Ablenkung der mächtigen Streikbewegung beraten - stützen sich ehemals "nationalistische" Politiker wie Brizola auf sie, um überholte Traditionen abzulegen und neue,wirksame "linke" Parteien der imperialistischen Demokratie zu organisieren. Dasselbe gilt für die APRA in Peru, die von der SPD "moralisch" und finanziell unterstützt wird. Drittens führte die Integration in den Weltmarkt zu einer weiteren, wichtigen Erscheinung . Im Gegensatz zum ersten Weltkrieg, zur Weltkrise ab 1929 und zum zweiten Weltkrieg schaffen die kapitalistischen Weltwirtschaftskrisen in Lateinamerika keine Freiräume mehr, in denen sich das nationale Industriekapital entwickeln kann. Der Wirtschaftszyklus Lateinamerikas begleitet auch in der Krise denjenigen der Metropolen, und zwar in zugespitzter Form. Umso notwendiger ist es daher, angesichts der Krisenentwicklung der Weltwirtschaft Stoßdämpfer in *Lateinamerika zu schaffen, kurz zu demokratisieren.* Und wenn der deutsche Imperialismus, der in Lateinamerika kräftig investiert hat, dabei eine wichtige politische Rolle sowohl im Interesse des Weltkapitals wie auch in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Ländern spielt, so sind die USA der Garant der imperialistischen Ordnung dort, von ihnen hängt die so gepriesene politische Sicherheit ab,auf deren Grundlage der deutsche , japanische usw. Imperialismus sich betätigen kann. Gerade deshalb spielt die "Wende" in der amerikanischen Politik eine entscheidende Rolle, sie erst hat die Möglichkeit geschaffen, daß die Tätigkeit z.B. der sozialistischen Internationale endlich Früchte trägt.

Und die USA haben tatsächlich Grund zur Eile, denn, wie Cyrus Vance selbst laut der urbürgerlichen argentinischen Zeitung "Clarin" v. 2.11.79 erklärte, geht es ihnen darum, *"einen konstruktiven Wandel zu ermuntern und zu unterstützen,bevor zwischen Regierung und Volk eine unüberbrückbare Kluft entsteht und die Radikalisierung oder die Repression gemäßigte Lösungen verbauen."*
Hier liegt der Sinn des Staatsstreiches der neuen, reformistischen Junta in El Salvador und der verschiedenen von dieser Junta wie immer mehr versprochenen als durchgeführten Reformmaßnahmen, die von den USA unterstützt werden. Zu diesem Staatsstreich schreibt dieselbe argentinische Zeitung v. 17.10.79, er sei *"eindeutig ein Streich des state departments gewesen, ein neuer Schritt in Carters Politik der Modernisierung der Strukturen wie der Demokratisierung in kritischen Gebieten. (...) Staatsstreiche 'müssen' heute demokratisch sein".*

Wie "kritisch" die Lage im mittelamerikanischen"Gebiet" ist, zeigen die Aufstände indianischer Bauern in Süd-Mexiko und in Guatemala, vor allem aber die Lage in El Salvador selbst. 40% Arbeitslose, Landarbeiterlohn kaum über DM 4.- pro Tag, Industriearbeiterlohn DM 6.- pro Tag. Arbeit gibt es fast nur als Saisonarbeit 6 Monate im Jahr. *"In den anderen 6 Monaten",* - schreibt der "Clarin" vom 2.11.79 - *"überlebt man mit Alkohol und kaut man Betäubungskräuter, um das Gedächtnis abzuschalten, oder man überlebt durch kleine Diebstähle, vom schändlichen Frauenhandel zu schweigen".*

Die Bewegung der Landarbeiter, die vor diesem Hintergrung mächtig anschwoll,und die die neue Militärregierung durch eine Bodenreform zurückzuhalten versucht, wird, wie überhaupt die gesamte soziale Bewegung, nach wie vor unerbittlich unterdrückt. Einerseits durch die Regierung selbst, andererseits durch die bewaffneten Trupps der Grundbesitzer und die Todesschwadrone innerhalb der Polizei und des Militärs. Dort, wo die Demokratisierung zu spät kommt und die von Herrn Vance gefürchtete Kluft nicht mehr überbrücken kann, läuft sie parallel zu einer unsäglichen Verschärfung der legalen wie"illegalen" Repression. Die Kluft wird mit Leichen zugeschüttet, auf denen die Demokratie sich dann wird errichten können.

Wenn diese Entwicklung in El Salvador am krassesten hervortritt, so ist sie ebenso für die zwei anderen Paradebeispiele der "neuen Welle" charakteristisch, nämlich Peru und Brasilien. In Peru wurde eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt, tagte ewig mit allen Merkmalen des parlamentarischen Kretinismus und dem ganzen Brimborium; im Mai gibt es Präsidentschaftswahlen und danach tritt die Militärdiktatur zugunsten des gewählten Kandidaten ab! Während die Bourgeoisie somit in aller Ruhe ihre Parteien wieder organisieren und für "Einfluß im Volk" kämpfen kann, entfesselt die Militärregierung eine nach wie vor andauernde bestialische Repression gegen die Streik- und Bauernbewegung. Die"Linke" - und hier an erster Stelle die Trotzkisten - nutzt den ihr gewährten Freiraum wie erwartet: Mobilisierung der Massen für die Wahlen, für die parlamentarischen Spiegelfechtereien, für die Ablenkung vom Klassenkampf zugunsten einer parlamentarischen und demokratischen Lösung.

In Brasilien schließlich läuft die Demokratisierungswelle, die bei Reformisten und Zentristen ebenso große Hoffnungen erweckt, parallel zu einer unverminderten Unterdrückung des Widerstandes der durch Spekulanten vertriebenen kleinen Bauern und zu einer dem Entwicklungsstand der dortigen Industrie entsprechend differenzierten Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Gewaltsame, spontane Streiks werden unerbittlich unterdrückt, Streiks indessen, die von der inzwischen legalen und mit dem staatlichen Gewerkschaftsapparat verschmolzenen, demokratischen Gewerkschaftsopposition der Lula & Co. getragen und kontrolliert werden, d.h. Streiks, die im Sinne der Durchsetzung einer demokratischen Reglementierung der Konflikte zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt werden - diese Streiks werden toleriert. Mit aller Kraft versucht die Bourgeoisie,in einem streng kontrollierten Prozeß nicht allein ein modernes Parteiensystem, sondern eine demokratisch-reformistische Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, bzw. zu fördern.

Es liegt auf der Hand, daß der US-Imperialismus die Demokratisierung in Brasilien und in Peru unterstützt, wie er auch versucht, in Ecuador und in Bolivien Scharfmacher unter den Militärs zurückzuhalten und zur Unterstützung der jeweiligen "demokratischen" Regierungen von Roldós und Lidia Gueiler zu verleiten. Und schließlich verurteilt er nunmehr Pinochet und beginnt, auf die chilenische herrschende Klasse im Sinne der Vorbereitung einer demokratischen Wende einzuwirken. Kein Wunder, denn in Chile zeichnet sich eine gewisse Tendenz zu terroristischen Überfällen ab und vor allem meldet sich die Arbeiterbewegung wieder mit ihren ersten Streiks nach vielen Jahren. Pinochet hat seine Aufgabe erfüllt, er wird bald gehen können.

Das Proletariat und die verarmten Massen sind nicht die Nutznießer, sie sind die Opfer der Demokratisierung Lateinamerikas. Diese wird auf der Grundlage ihrer Unterdrückung vorbereitet und durchgeführt. Sie zielt auf eine Ergänzung der brutalen Repression durch Stoßdämpfer, um die soziale Bewegung aufzufangen, zurückzuhalten, abzulenken. Das Proletariat kann die Demokratisierung nicht besser ausnutzen, als dadurch, daß es auf ihr Spiel nicht eingeht. Die "Geschenke", welche die Bourgeoisie ihm wie Köder zuwirft, sind höchstens Gnadenknochen. Umso mehr muß es darauf nach dem alten Motto reagieren: *"Gabe nimmt man mit dem Speere, Spitze gegen Spitze!"*

Law and order in Zimbabwe

(Dem KBW ins Stammbuch geschrieben)

Mithilfe eines geschickten diplomatischen Manövers ist es dem Imperialismus gelungen, zumindest vorläufig die soziale Zeitbombe,die im früheren Rhodesien bedrohlich tickte, zu entschärfen. Dieses Manöver, dessen Schachzüge in London ausgehandelt wurden, konnte nur gelingen, weil es eine Einheitsfront aller bürgerlichen Kräfte (Imperialismus, Frontstaaten und Patriotische Front) in und um Zimbabwe herum gegeben hat. Insbesondere nach dem Scheitern der sog. internen Lösung (Muzorewa) wurde deutlich, daß, solange nicht die schwarzen Nationalisten der PF einbezogen wären, es nicht zu einer Stabilisierung der Verhältnisse kommen könnte. In der Tat änderte der Imperialismus *nicht* seine Taktik, nämlich einen friedlichen, sanften, evolutionären Übergang zu einer Machtbeteiligung des schwarzen bürgerlichen Nationalismus zu erreichen, sondern erweiterte nur ihr Anwendungsgebiet auf die Hauptkraft jenes Nationalismus, die PF. Eine "interne Lösung" unter Einbeziehung von Nkomo und Mugabe, das war das Ziel des Manövers und man kann nicht leugnen: es ist gelungen.

Der erstaunten Welt präsentiert sich heute, nach seinem Wahlsieg, ein "staatsmännisch" aufgeputzter, moderater, ganz und gar nicht radikaler, geschweige denn "marxistischer" Rober Mugabe, was jeder bürgerliche Journalist mit Genugtuung registriert. Jegliche ernsthafte, radikale soziale Reform insbesondere im Agrarbereich unterbleibt, ja der Repräsentant des weißen Grundbesitzes wird Landwirtschaftsminister. Die Guerilla wird nicht nur entwaffnet, sondern - überaus wirksam, wenn es gelingt - überdies in die weiße Siedlerarmee integriert. Und mit Südafrika will man keine Konfrontation, sondern "business as usual". Wenn man heute Mugabe sprechen hört, so glaubt man Muzorewa zu hören, der ja dasselbe gesagt hat.

Wie konnte es soweit kommen, daß eine scheinbar antiimperialistische radikale Organisation in kürzester Frist und ohne bemerkenswerten inneren Kampf Hand in Hand mit dem englischen Imperialismus arbeitet? Es ist offensichtlich, daß es eine *gemeinsame bürgerliche Klassengrundlage* von PF und dem Imperialismus gibt, und es ist offensichtlich, daß diese schon vorhanden war, bevor es zu ihrer direkten Kollaboration kam. Der sich radikal gebende bürgerliche Antiimperialismus und Nationalismus ist auf einer bestimmtenEntwicklungsstufe immer vor die Entscheidung gestellt: entweder mit dem Imperialismus für die *soziale Befriedung* oder mit den aufständischen Massen in eine für *jede* bürgerliche und nationale Kraft ungewisse, unsichere ,*revolutionäre Zukunft*. Es versteht sich, daß die Entscheidung dann *immer* für den Imperialismus fällt. Die wachsende soziale Unruhe, die Instabilität des südlichen Afrika einerseits, das Bedürfnis *aller* bürgerlichen Kräfte dort nach Stabilität, Ruhe und Ordnung andererseits zwangen die PF, ihre wahre Natur offen zu enthüllen. Sie entschied sich für die bürgerliche Befriedung gegen den revolutionären Rassenkrieg. Daß die sog. Frontstaaten diese Entscheidung forcierten, versteht sich. Aber daß die PF *gesamthaft* ihre Wende zur direkten Zusammenarbeit mit dem englischen Imperialismus vollzog, zeigt, wie richtig und wichtig es war, wenn wir diese Organisation seit jeher als eine Kraft entlarvten, die bei erster Gelegenheit zur Front der Konterrevolution überlaufen würde. Unsere Einschätzung, die wir zuletzt in unserem Artikel vom "Proletarier" Nr. 5 lieferten, wurde wieder einmal von der Geschichte bestätigt.

Ministerpräsident Mugabe beweist seine Qualität als "law and order"-Mann, indem er die erwartungsvoll streikenden Fabrikarbeiter schroff in die Schranken weist und indem er nunmehr als Mitglied der herrschenden Klasse Zimbabwes gegen die Gewalt (Produkt der ungelösten sozialen Spannungen und der Rassengegensätze) wettert. *"Wir müssen unseren Besuchern zeigen, daß wir uns benehmen und unsere Angelegenheiten ordentlich und friedlich regeln können"* (Originalton Mugabe, SZ v. 28.3.80).

Es ist dies das antiproletarische Gesicht des bürgerlichen Antiimperialismus, das es jetzt den noch nicht gänzlich entwaffneten Massen ermöglicht, jene Lehre zu ziehen, die die Geschichte der antikolonialen und antiimperialistischen Revolten immer wieder aufdrängt: tiefstes Mißtrauen und ununterbrochene politische Entlarvung des bürgerlichen, antiimperialistischen Nationalismus, selbständige Organisierung, selbständige Bewaffnung und selbständige Politik der proletarischen und revolutionären Massen, um ihm, wenn er auf die Seite der Ordnung tritt und sich gegen diese Massen wendet, entgegentreten zu können.

Das Drama der sozialen Bewegung Zimbabwes liegt aber nicht darin, daß bürgerliche Organisationen ihre unentrinnbare Laufbahn vollziehen. Ihr Drama liegt darin, daß ihr mächtiger Verbündeter , das Proletariat der imperialistischen Metropolen, noch untätig ist, sich den Krallen von Sozialdemokratie und Stalinismus, vom Arbeiterimperialismus,noch nicht entreißen konnte, um die Zügel der Geschichte wieder in die Hand zu nehmen.

DER STREIK DER BRITISCHEN STAHLARBEITER

Große Bewegungen der Stahlarbeiter stehen seit einigen Jahren weltweit auf der Tagesordnung. Den Streiks in den USA folgten Ende 1978 der Stahlarbeiterstreik in Deutschland und Anfang 1979 der großartige, gewaltsame Ausbruch der französischen Kollegen in Longwy und Denain. Schließlich, am 2. Januar dieses Jahres, nahmen die Arbeiter der staatlichen British Steel Corporation (BSC) ihren langen Generalstreik auf, der vor kurzem nach 14 Wochen zu Ende ging. Der Hintergrund all dieser Bewegungen ist eine internationale Stahlkrise, die zu einer verschärften Konkurrenz zwischen den verschiedenen Erzeugerländern führt. Der Baum der Stahlindustrie ist für die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals zu groß gewachsen. Betriebe, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind, werden nunmehr in einem Weltrennen um Produktivitätserhöhungen abgesägt wie alte und ungesunde Äste. Man schrumpft sich gesund auf dem Rücken der Arbeiterklasse, die zum Opfer von Lohnsenkungen, Massenentlassungen und gesteigerter Arbeitshetze wird.
Diese Bewegungen konnten ihre Forderungen nicht durchsetzen, und sie wurden alle zugleich dadurch gekennzeichnet, daß die jeweiligen Gewerkschaftsführungen mit den Arbeitgebern, bzw. mit den Regierungen hinter dem Rücken der kämpfenden Arbeiter Kompromisse abgeschlossen haben, die für letztere einer Niederlage gleichkamen.

Insbesondere in den letzten Wochen des britischen Streiks und nach dessen Ende jubelte die Bourgeoisie oft unverhohlen über die "Streikmüdigkeit" und die "Demoralisierung" ihres gefürchteten Gegners. Sie hofft, dem Besiegten umso besser ihre Roßkur verpassen zu können.

In der Tat haben die englischen Stahlarbeiter unter äußerst ungünstigen materiellen Bedingungen in den Kampf treten *müssen*. Die Produktivität und Kapazität der britischen Stahlindustrie ist auf Weltmarktebene hoffnungslos ins Hintertreffen geraten. So produziert z.B. ein japanischer Stahlarbeiter jährlich 898,7 Tonnen im Gegensatz zu den durchschnittlichen 141 Tonnen seines britischen Kollegen. Die Produktion soll drastisch eingeschränkt werden, und vor dem Streik hatte BSC den Abbau von 53.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Mit ihrem ersten und höhnischen Angebot von 2% linearer Lohnerhöhung bei einer *offiziellen* und demnächst noch weiter steigenden Inflationsrate von 17,5% hatte die große Verluste erwirtschaftende BSC zudem ihre Entschlossenheit zum weiteren Lohnabbau signalisiert. Und wenn sie nach Kampfbeginn ihr Angebot natürlich erhöhen mußte, so versuchte sie den Streik durch das Angebot von Produktivitätszuschlägen zu unterlaufen, die einerseits die Arbeiter in verstärkte Konkurrenz treiben und spalten, andererseits nach Tarifabschluß dazu dienen sollen, die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen direkt zu fördern. Die Verhandlungsmanöver des Unternehmens wurden durch massiven Polizeieinsatz gegen Aktionen der Streikenden ergänzt.

Die Stahlarbeiter waren für 20% Lohnerhöhung in den Streik getreten, um sich ihrer Haut zu wehren und ihre Reihen für den Kampf gegen die Entlassungen zusammenzufassen. Trotz der widrigen materiellen Bedingungen war ihre Kampfbereitschaft beispielhaft. Dies bezeugt die Länge des Streiks, dies bezeugt die Organisierung von fliegenden Streikposten, die trotz einer gegen sie gerade laufenden Regierungshetze Streikpostenketten vor solchen Betrieben bildeten, die Abnehmer von Stahl sind.

Doch gerade wenn ein besonders gefährdeter und auf schwachem Posten kämpfender Teil der Arbeiterklasse in die Schlacht gehen muß, ist Solidarität vonnöten, müssen die anderen Arbeiter, vom Kampfwillen der verwundbaren Brüder mitgerissen, im Kampf an ihre Seite treten. Aufgabe echter Gewerkschaften besteht u.a. darin, den Streik wirksam zu organisieren und die Moral der Kämpfenden zu stärken, um diese Solidarität zu fördern und auf der Grundlage eines klar geäußerten und mitreißenden Kampfwillens den anderen Bataillonen der Arbeiterklasse zu zeigen, daß die Entscheidung des Kampfes, die sie nicht minder treffen wird, schließlich von ihnen abhängt. Der spontane Solidaritätswille der englischen Arbeiter war zu Beginn des Streiks unbestreitbar und er hielt zum Teil lange an. Lastkraftfahrer und Hafenarbeiter schlossen sich mit Blockadeaktionen der Bewegung an; Ende Januar wurde SÜd-Wales durch Parallelaktionen der Stahlarbeiter und von Zehntausenden von Bergleuten, Eisenbahnern usw. für einen Tag lahmgelegt. Es fiel den englischen Gewerkschaften zu, diesen Solidaritätswillen zunächst durch regional und zeitlich begrenzte Aktionen und einzelne "Aktionstage " mit eher symbolischem Charakter aufzufangen, um ihn dann im Zusammenspiel mit Manövern der Arbeitgeber zu lähmen und zu brechen.

Der gelassenen Siegesmiene der Regierung und des Unternehmens entsprach eine defätistische Haltung der Gewerkschaftsführungen (angesichts der englischen Organisation nach Berufen waren mehrere Gewerkschaften beteiligt) und namentlich der Eisen- und Stahlgewerkschaft ISTC, deren Vorsitzender Bill Sirs von Anbeginn erklärte, gegen den Streik (dessen offizieller "Führer" er war!) zu sein. Den Abbruch des Streiks unermüdlich herbeiredend, befaßten sich die Bonzencliquen nicht mit einer zentralen Organisierung des Kampfes, sondern mit der Suche nach einem faulen Kompromiß auf der Grundlage der Arbeitgeberangebote mit den darin enthaltenen Produktivitätszulagen. Spontanen Solidarisierungsbestrebungen in Süd-Wales wurde mit der Drohung der Gewerkschaften, sie würden einen Solidaritätsstreik nicht unterstützen, durch Einschüchterung das Wasser abgegraben. Um die Solidarisierung der privaten Stahlindustrie erlahmen zu lassen, wurden dort rechtzeitig vergleichsweise günstige Abschlüsse vereinbart. Um Streikende und Solidaritätswillige zu demoralisieren, initiierte das Unternehmen vor diesem Hintergrund am 10. März - also nach fast zweieinhalb Monaten Streik - das Schauspiel von Umfragen unter den Arbeitern, ob diese nicht lieber über das neue Lohnangebot (14%, davon ca. 1/3 Produktivitätszuschlag) abstimmen wollten, und am 12.3 organisierte es gar eine "Urabstimmung" darüber. Daß die offiziellen und von den bürgerlichen Medien bis zum Überdruß ausgeschlachteten "Ergebnisse" solcher Abstimmungen grundsätzlich positiv für das Unternehmen ausfallen, liegt auf der Hand. Es gibt keinen Krieg ohne psychologische Kriegführung, und diese kann man umso besser einsetzen, wenn man weiß, daß die Gewerkschaft trotz ihrer Empfehlung zum Abstimmungsboykott das "Ergebnis" zum Anlaß nehmen wird, um ihre "Niedergeschlagenheit" zu zeigen.

Schließlich wurde ein Schlichtungskomitee eingesetzt und aufgrund seines Vorschlages von 11% zzgl. 4,5% Produktivitätszulage der Vertrag abgeschlossen. Diese Lohnsenkung wurde gegen den Willen der Arbeiter durchgesetzt. Viele Streikende zeigen ihre Erbitterung und ihre anhaltende Kampfbereitschaft im Kleinkrieg lokaler wilder Streiks, die dem Tarifabschluß folgen.

Aber wenn die Niederlage mit ihrem Demoralisierungseffekt einprogrammiert war, wäre es dann nicht richtiger gewesen, vom Streik abzusehen? Mitnichten. Und außerdem ist die Frage falsch gestellt.

Der britische Imperialismus hat die Welt beherrscht und aufgrund dieser Tatsache eine bürgerliche Arbeiterbewegung zuhause züchten können, eine Arbeiterbewegung, die unter dem strikten Einfluß der in den Gewerkschaftszentralen und in der Labour Party organisierten und später von den Stalinisten flankierten "labour lieutenants" des Kapitals stand. Der Niedergang des britischen Imperialismus, der sich vor allem nach dem zweiten Weltkrieg auswirkte, versetzte den ökonomischen Grundlagen der Klassenzusammenarbeit ernste Schläge. Im Laufe des internationalen Wirtschaftsaufschwungs konnten diese Grundlagen noch immer wieder einigermaßen repariert werden. Heute ist es anders, und diese Tatsache bringt die Regierung Thatcher gut zum Ausdruck. Heute stehen die Zeichen auf Sturmlauf gegen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der britischen Arbeiterklasse, die zunächst auf den erforderlichen Abwehrkampf noch unvorbereitet ist. Sie braucht kämpferische Organisationen. Diese entstehen jedoch nicht in einem luftleeren Raum. Der ganze Raum wird noch durch Organisationen blockiert, die die Interessen des Feindes vertreten. Jeder Fußbreit für den erfolgreichen Kampf, ja für den selbständigen Kampf überhaupt muß hart erkämpft werden, jede kämpferische Verbindung zwischen Betrieben und Branchen, ja jeder Zusammenschluß an der Basis in den einzelnen Betrieben muß dem Fangnetz des Opportunismus entrissen und neu geknüpft werden. Nach Jahrzehnten der Klassenzusammenarbeit wird die Wiederaufnahme des proletarischen Kampfes in England wie in den anderen Ländern durch eine Kette von schmerzlichen Erfahrungen und bitteren Enttäuschungen gekennzeichnet werden, durch demoralisierende Niederlagen, aber auch durch Niederlagen, die eine Plattform für weitere, größere und siegreiche Kämpfe bilden, durch eine mühselige Organisationsarbeit, eine wahre Sisyphusarbeit, wie durch plötzliche, spontan zustandekommende, starke Kampffronten, in einer Wechselwirkung von Fortschritten und Rückschritten, von Aha-Erlebnissen und Erbitterungen, von dramatischen Vorstößen und furchtbaren Rückzügen.

So ist der englische Stahlarbeiterstreik beides: Rückzugsgefecht einer ehemaligen Arbeiteraristokratie und zugleich Vorbote einer neuen Kampfepoche der Arbeiterklasse schlechthin; Organisationsbeispiel durch seine Streikposten und zugleich Opfer der Sabotage aus tödlichem Mangel an einer zentralisierten Streikorganisation; Sturmzeichen für Klassensolidarität und zugleich Niederlage durch Nichtzustandekommen und Zerbröckelung der Solidaritätsfront. Großartig in seiner Verachtung für den Zustand der verdammten nationalen Volkswirtschaft, ließ er sich zugleich in die Ermattung führen und durch Unternehmer, Regierung und Gewerkschaftsbonzen austricksen. Kühn-verzweifelt lief man ins Messer. Doch würden die Arbeiter *"in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen"* (Marx). Auf daß die Wunden zu harten Narben heilen, Lehren des Kampfes, gepanzerter Haut.

LEST! ABONNIERT !

Kommunistisches Programm

programme communiste

El Comunista

Il programma comunista

Konzertierte Aktion für den Lohnabbau

Bekanntlich brachte die letzte Tarifrunde nichts besonderes, nichts aufregendes oder außerhalb der Routine der institutionalisierten Lohnverwaltung liegendes. Es ist daher interessant, einen Blick darauf zu werfen, wie die Bourgeoisie solche Tarifrunden selbst betrachtet, und wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die sie alljährlich absolvieren, die Ergebnisse der letzten Jahre bewerten. Der Artikel wird also zitatenlastig sein.

Die bürgerlichen Zeitungen sprechen immer von einem "Verhandlungsritual", das mit einem "Klassischen Hick-hack" beginnt, in dem sich "provokante Höchstforderungen" der Gewerkschaften und ebenso "provokante Niedrigstangebote" der Unternehmer gegenüberstehen (SZ, 18.1.80), wobei erfahrungsgemäß "ohne Arbeitskampf erzielte Abschlüsse rein rechnerisch stets in der Nähe des arithmetischen Mittels der beiden ersten Zahlenangaben liegen" (NZZ, 15.2.80). Und diese "arithmetische Mitte" entspricht erstaunlicherweise immer den von der Regierung oder regierungsnahen Stellen vorgegebenen Leitlinien. In diesem Jahr beging der Wirtschaftsminister Lambsdorff allerdings den faux pas, mitten in der Tarifrunde mit 7% eine Zahl zu nennen, die über der Kompromißbereitschaft der Gewerkschaften (in den entscheidenden Branchen 6,3 bis 6,9%) lag.

Was die Ergebnisse solcher Tarifrunden angeht, so werden sie alljährlich von den Gewerkschaften sofort nach Abschluß als großer Erfolg oder mindestens erfolgreicher Kompromiß dargestellt. Tatsache ist aber, daß der Arbeitgeberverband Gesamtmetall auf die guten Investitionsjahre 1978 und 1979 zurückblickend bestätigt, sie seien "gleichzeitig die Jahre der zahlenmäßig niedrigsten Lohnabschlüsse der 70er Jahre gewesen. Sie waren die entscheidende Grundlage für bessere Erträge, die ihrerseits bewirkten, daß mehr Produktion auch zu höheren Investitionen führte" (HB, 4.12.79). Herr Vetter bezieht seinerseits ebenfalls die ganzen 70er Jahre in seinen präziseren Rückblick ein: "Mittlerweile könne ja nicht mehr bestritten werden, daß die Unternehmensgewinne den Löhnen und Gehältern in den letzten Jahren davon geeilt seien. Die Verteilungsrelationen stellten sich wieder so dar, wie zu Beginn der 70er Jahre. 'Die Arbeitgeber haben also Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit dazu benutzt, die Lohnquote erheblich zu drücken'" (HB, 17.1.80). Und dies entspricht einer klaren Gewerkschaftspolitik, denn - wie Herr Kluncker erklärt - 'Wir wollen in der Verantwortung bleiben, weil ein Arbeitskampf so viele Folgen mit sich bringt'" (TSP, 22.3.80). Verantwortung *gegenüber dem guten Lauf der Geschäfte und dem sozialen Frieden*, wie es Herr Vetter angesichts der Drohung von Nachschlagsforderungen nach dem miesen Abschluß des letzten Jahres erneut belegte: 'Weil 'das bißchen Konjunktur, das wir (!) haben', nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe, mahnte er nicht nur die Arbeitgeber zu Preisdisziplin, sondern warnte auch seine Gewerkschaftskollegen und nahestehende Politiker davor, Tarifzuschläge zu fordern oder wilde Streiks zu prophezeien und damit herbeizureden" (SZ, 3.8.79, die übrigens zugleich Herrn Vetter empfiehlt, nicht so offen zu reden, denn "aus solchen Bekenntnissen werden Agitatoren Waffen schmieden"; wir hätten allerdings auch ohne diesen Wink zitiert).

Diese kurzen Statements dürften schon deutlich machen, daß diese Gewerkschaften nicht dazu dienen, die Arbeiter vor den wachsenden Angriffen der Unternehmer zu schützen. 1979 war somit wieder ein Jahr tatsächlicher Senkung nicht allein der Lohnquote, sondern auch der absoluten Reallöhnen, denn bei einer geschätzten Preissteigerungsrate von 5,7% (die tatsächliche lag sicherlich darüber), erhöhten sich die Löhne für 55% der Arbeitnehmer nur um 4 - 4,4%, für 29% um 4,5 - 4,9% und für 11% um 5 - 5,4% (SZ, 5.3.80), d.h. nur die Manager, Heeresführer und ... die Abgeordneten haben wohl den berühmten "Besitzstand" gewahrt, bzw. erhöht. Und wie es bei den eben vereinbarten "Lohnsteigerungen" für 1980 aussieht, dürfte jeder von vornherein wissen. Selbst die Bourgeois geben zu: "Sie werden durch höhere Preise und Steuern so gut wie aufgezehrt" (SZ, 31.3.80). Dabei erfolgt diese "Aufzehrung" auf der Grundlage früherer Lohnsenkungen!!

Die Macht, die die deutschen Gewerkschaften in die Waagschale werfen können, üben sie also nicht aus, um die Arbeiterklasse in ihrem Kampf ums tägliche Brot zu stärken, sondern um sie von diesem Kampf *abzuhalten*. Und dies äußert sich nicht minder in der Kampagne für das "Verbot der Aussperrung". Im Laufe der Tarifrunde sorgten schrille Erklärungen für demagogische Ablenkung vom gerade laufenden Lohnsenkungskompromiß, und seitdem wurde sie wieder praktisch eingemottet, denn sie ist für die Gewerkschaften keine Sache des Kampfes, sondern des Rechts, genauer gesagt des künftigen Kuhhandels mit den "Tarifpartnern" der Arbeitgeberseite, um Aussperrungseinschränkungen gegen Streikeinschränkungen "durchzusetzen". Grotesk dabei ist, daß nach den scharfen Tönen nunmehr das Aussperrungsverbot nicht zum Motto der Maifeier gemacht wurde, sondern z.B. bei der IGM unter den Maiparolen auf den dritten Platz mit der markanten Formulierung zurückbefördert wurde: "Aussperrung ist Machtmißbrauch - Aussperrung muß weg", was im Grunde nur eine dezente Formulierung der so verpönten Aussage des Berliner Oberbonzen Sikkert ist, demzufolge "das absolute Recht auf Aussperrung" genauso falsch sei "wie das absolute dauernde Streiken um Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen" (Neue, 5.4.80).

Das sind die bestehenden Gewerkschaften. Von diesen Apparaten zu erwarten, sie könnten anders handeln, als sie tun, ist eine verheerende Illusion. An ihr gerade gehen wertvolle Energien verloren. Es gilt, diese Illusion zu bekämpfen, damit die Energien des Proletariats für eine langfristige und zunächst sehr bescheidene Arbeit der Kräftesammlung, der selbständigen Organisierung, der Klärung im Hinblick auf die explosionsartigen, aber auch kleinen Kämpfe kommender Jahre verwertet werden können, um innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften einen Damm gegen die Kontrolle und die Verschaukelung der Arbeitermassen durch die Agenten der Klassenkollaboration zu errichten. (SZ = Süddeutsche Zeitung, HB = Handelsblatt, NZZ = Neue Züricher Zeitung, TSP = Tagespiegel).